



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Direkte Demokratie:
Gottesbezug, Rechtschreibreform, Brexit

Inhalt

Direkte Demokratie 4 – 10

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“	4
Direkte Demokratie in Kommune, Land, Bund und EU	5
Volksinitiative zum Gottesbezug: Mitsprache im Ausschuss	6
Rückblick 1999: Landtag kontra Volksentscheid zur Rechtschreibreform	7
Brexit: Ergebnis respektieren, besser argumentieren	10
<hr/>	
Die Seite für das Ehrenamt	11
Ausschüsse: Heimerziehung, Reise nach Oslo, Nordschleswig-Gremium, Bestattungsgesetz	12

Im Zentrum 14 – 15

Bullauge, Stern und ein Schiff aus Knochen – Geschenke an den Landtag	
---	--

Plenarberichte 16 – 17

Nahverkehr: Mobilitäts-App und Nord-Tarif	16
Härtere Strafen für Gewalt gegen Polizisten?	17

Politische Bildung 18 – 19

Welche Zukunft hat die Parteiendemokratie?	18
Die Stasi war auch in Schleswig-Holstein aktiv – Gespräch mit Roland Jahn	19

Meldungen:	
Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga, Norla, FC Landtag	20
Mitsprache im Altenparlament: Teilnehmer im Interview	21

Der Land-Tag in Leichter Sprache: Wie arbeitet das Parlament?	22
Personalien	23
Bücherecke	24
Mit plattdütsche Riemels dörch dat Johr	25
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	26
Kalender des Landtages für 2017	27
Termine, Termine, Termine	28

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

wer soll entscheiden: die Berufspolitik oder die Bürger? Diese Frage stellt sich immer häufiger. In Großbritannien stimmen die Wähler für den EU-Austritt, während Regierung und Parlament mehrheitlich für einen Verbleib sind. In Schleswig-Holstein sammelt eine Volksinitiative 40.000 Stimmen für einen Gottesbezug in der Landesverfassung – aber das Ansinnen scheidet denkbar knapp im Landtag.

In dieser Ausgabe beleuchten wir das Spannungsverhältnis zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Wir stellen die Geschichte und den aktuellen Stand der Bürger-Mitsprache dar. Auch die Folgen des Brexit-Votums haben den Landtag beschäftigt. Und in unserem Rückblick ins Jahr 1999 geht es um die Rechtschreibreform. Damals lehnten die Schleswig-Holsteiner die neuen Schreibregeln per Volksentscheid ab. Das Parlament setzte sich ein Jahr später jedoch darüber hinweg.

Eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen Orten zwischen Flensburg und Elmshorn beschäftigt sich in diesem Herbst mit der Zukunft der Parteiendemokratie. Der Auftakt im Landeshaus brachte bereits zahlreiche engagierte Beiträge. Zuvor tagte das Altenparlament auch in diesem Jahr wieder im Landtag. Seit 1989 liefern die Senioren Impulse für die Landespolitik – auch das ist eine Form direkter demokratischer Mitsprache.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Ihre Redaktion



70 Jahre Schleswig-Holstein: Bundespräsident Gauck gratuliert

Bundespräsident Joachim Gauck hat Schleswig-Holstein und anderen westdeutschen Bundesländern zum 70. Geburtstag gratuliert. Aus diesem Anlass hatte das Staatsoberhaupt die Landtagspräsidenten der West-Länder Ende August zu einem Mittagessen in die Villa Hammerschmidt in Bonn geladen. Mit der Gründung der Bundesländer sei 1946 „das Fundament für unseren freiheitlich-demokratischen Bundesstaat gelegt“ worden, sagte Gauck in seiner Tischrede. Der deutsche Föderalismus bedeute „Einheit in Vielfalt“. Eine bessere Staatsform als „unseren demokratischen und sozialen Bundesstaat“ könne er sich nicht vorstellen, betonte der Bundespräsident: „Wer darin engstirnige Kleinstaaterei vermutet, der sei an die Weitsicht und Gestaltungskraft erinnert, mit der Ihre Länder die Bundesrepublik aufgebaut haben.“



Bundespräsident Joachim Gauck (li.) begrüßt Landtagspräsident Klaus Schlie in Bonn. In der Mitte: der niedersächsische Parlamentspräsident Bernd Busemann.

Gemeinsamer Ausschuss: Zwei Länder rücken zusammen

Die Landesparlamente von Schleswig-Holstein und Hamburg vertiefen ihre Zusammenarbeit. Künftig sollen länderübergreifende Themen wie die HSH Nordbank, das Gastschulabkommen, die Justiz-Kooperation oder der Verkehr in einem gemeinsamen Ausschuss besprochen werden. CDU, SPD, Grüne, Piraten und SSW verabschiedeten Ende September im Landtag einen entsprechenden Antrag. Die Abstimmung in der Hamburger Bürgerschaft war wenige Tage später angesetzt. Martin Habersaat (SPD) stellte klar: „Wir planen hier nicht den Nordstaat. Wir verbessern



die Kooperation zweier Partner auf Augenhöhe.“

Die konstituierende Sitzung ist noch in diesem Jahr geplant. Aus verfassungsrechtlichen Gründen handelt es sich formal um ein Treffen zweier autonomer Ausschüsse, die ihren Landesparlamenten jeweils separat Beschlussvorschläge machen. In dem Ausschuss sitzen jeweils elf Abgeordnete aus jedem Bundesland. Einzig die FDP war im Landtag dagegen. „Es mangelt nicht an Gremien, sondern am politischen Willen, die Nord-Zusammenarbeit voranzubringen“, so der Liberale Christopher Vogt.

Wortwörtlich



„Drei Terrorverdächtige konnten festgenommen werden. Das zeigt, dass die polizeiliche Zusammenarbeit in Deutschland gut funktioniert und dass die Landespolizei sehr gut aufgestellt ist.“

(Ralf Stegner, SPD)



„Wir als Gesetzgeber müssen immer wieder auf allen Ebenen überprüfen, ob unsere Sicherheitsorgane ausreichend ausgestattet sind und ob sie über ausreichend Befugnisse verfügen.“

(Axel Bernstein, CDU)



„Die Integration nicht nur der Flüchtlinge, sondern aller Menschen, die in dieser Gesellschaft abgehängt sind, ist die beste Gefahrenabwehr, die man überhaupt leisten kann.“

(Eka von Kalben, Grüne)



„Was ist das eigentlich für eine bizarre Vorstellungswelt bei den Grünen? Halten Sie dieses Land tatsächlich für so eine Art Grafschaft der Hobbits? Glauben Sie wirklich, dass nichts Dramatisches passieren kann, sondern dass das bestenfalls in Hamburg der Fall ist?“

(Ekkehard Klug, FDP)



„Wir brauchen keine Militarisierung der Polizei, keine pauschalen Verdächtigungen von Migranten, erst recht nicht von syrischen Flüchtlingen. Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.“

(Angelika Beer, Piraten)



„Es ist eine perfide Taktik des IS: Man will Demokratien angreifen, man will unschuldige Menschen wahllos töten und damit versuchen, Länder zu destabilisieren.“

(Lars Harms, SSW)



Aus der Aktuellen Stunde am 21. September zu den „terroristischen Aktivitäten in Schleswig-Holstein“.

In der Vorwoche hatte die Polizei drei Syrer in Flüchtlingsunterkünften im Kreis Stormarn verhaftet. Sie stehen im Verdacht, Kontakte zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) unterhalten zu haben.

Gottesbezug: Kein Volksentscheid / weitere Initiativen starten

Die Volksinitiative für einen Gottesbezug in Schleswig-Holsteins Landesverfassung will keinen Volksentscheid anstreben. „Wir akzeptieren diese Entscheidung der Abgeordneten und wollen jetzt keine weiteren Schritte einleiten“, sagte deren Sprecher, der ehemalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Ende September. Dies gelte „nicht zuletzt, weil die Gefahr besteht, dass dieses wichtige Thema in einem der bevorstehenden Wahlkämpfe zerrieben wird“.

Ende Juli hatte sich der Landtag knapp gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der Verfassung ausgesprochen. Im Parlament hatte es 45 Ja-Stimmen gegeben. Für eine Verfassungsänderung wäre aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 Abgeordneten nötig gewesen. 23 Parlamentarier stimmten gegen den Vorstoß, eine Abgeordnete fehlte erkrankt.

Mitte September hat sich ein Bündnis formiert, das Unterschriften gegen CETA sammeln will, das geplante Freihandelsabkommen der EU mit Kanada. Ziel: Die Landesregierung soll im Bundesrat dagegen stimmen. Zu den Initiatoren zählen die Grünen, die Piraten, die Linken sowie zahlreiche Vereine und Verbände. Nun müssen die Initiatoren 20.000 Unterstützer finden, damit sich der Landtag mit dem Thema befasst.

Zwei weitere Aktionsbündnisse haben unterdessen um ein Beratungsgespräch beim Innenministerium gebeten, um sich über die rechtlichen Details einer Volksinitiative zu informieren. Dabei geht es um die Berücksichtigung des Bürgerwillens bei der Genehmigung von Windanlagen sowie um die Abstandsregeln zwischen Windrädern und Wohnhäusern.

Mehr zum Thema ab Seite 4.

Korrektur: 1.000 Unterstützer nötig

Parteien, die nicht im Landtag vertreten sind und die an der Wahl im kommenden Mai teilnehmen möchten, brauchen dafür nach wie vor die Unterschriften von 1.000 Unterstützern. In der vergangenen Ausgabe haben wir irrtümlich die Zahl 500 genannt.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“



Der Satz vom Volk und der Staatsgewalt stammt aus Artikel 20 des Grundgesetzes. Dort heißt es weiter: Die Staatsgewalt „wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt“. Allerdings: „Abstimmungen“, also die direkte Einflussnahme der Bürger auf Sachentscheidungen, sieht das Grundgesetz nur in wenigen Fällen vor. 1949, als die bundesdeutsche Verfassung in Kraft trat, herrschte in der Politik tiefes Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten die Massen vor Augen, die sich von den Nazis verführen ließen. Und so urteilte der erste Bundespräsident Theodor Heuss, Volksentscheide seien „eine Prämie für jeden Demagogen“. Einige Landesverfassungen erwähnten zwar Volksabstimmungen. Aber die Hürden waren so hoch, dass das Volk in der alten Bundesrepublik kaum gefragt wurde.

Für einen Umschwung sorgten die friedliche Revolution in der DDR 1989/90 – und Schleswig-Holstein. Die Verfassungsreform Ende der 1980er Jahre brachte erstmals eine Bürgergesetzgebung mit niedrigen, für Volksinitiativen erreichbaren Unterstützerquoten. Damit löste das Land zwischen den Meeren „eine bundesweite Reformwelle aus“, betont der Verein „Mehr Demokratie“. Auf Landesebene und in den Kommunen ist die direkte Demokratie inzwischen ein elementarer Bestandteil des politischen Systems. So sprachen sich die Baden-Württemberger 2011 für den Bahnhof „Stuttgart 21“ aus. Im vergangenen Jahr stimmten die Hamburger gegen Olympia in ihrer Stadt.

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind seit 1990 rund 30 Volksinitiativen eingegangen. Zuletzt beschäftigte die Initiative für einen Gottesbezug in der Verfassung die Abgeordneten. Am Ende fehlte im Parlament nur eine Stimme. Zu einem Volksentscheid wird es aber wohl auch diesmal nicht kommen. Zuletzt entschieden die Schleswig-Holsteiner 1998 an der Urne über eine politische Frage – und sagten nein zur Rechtsschreibreform.

Das Brexit-Referendum in diesem Juni hat Zweifel an der direkten Demokratie geweckt. Bundestagspräsident Norbert Lammert beklagt die „Vereinfachung komplizierter Zusammenhänge“, wenn die Frage der EU-Mitgliedschaft auf „yes“ oder „no“ reduziert werde. Auch mit diesem Thema befasste sich der Landtag.

Mehr auf den folgenden Seiten.

Mitreden – so geht das

Direkte Demokratie von Brüssel bis Brunsbüttel

Europa:

Seit dem Lissaboner Vertrag von 2009 gibt es das Instrument der europäischen Bürgerinitiative. Initiatoren benötigen innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützer aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten (also derzeit sieben). Es muss um EU-Themen gehen. Änderungen am Grundlagenvertrag oder die Aufnahme eines neuen Mitglieds per Volkswillen sind jedoch nicht möglich. Kommen die Unterschriften zusammen, muss die EU-Kommission binnen drei Monaten Stellung beziehen. Die erste erfolgreiche Initiative war „Wasser ist ein Menschenrecht – Right 2 Water“ im Jahr 2013, die sich gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung wandte. Bei weiteren Vorstößen ging es um den Schutz von Embryonen und um Tierversuche.



Bund:

Das Grundgesetz sieht nur in zwei Fällen Volksabstimmungen vor: bei der Ablösung des Grundgesetzes durch eine neue Verfassung und bei der Neugliederung des Bundesgebiets, wie zuletzt 1996 bei der gescheiterten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg. Seit den 1980er Jahren hat es rund ein Dutzend Versuche gegeben, die direkte Demokratie auf Bundesebene auszubauen – anfangs angestoßen von den Grünen und inzwischen auch unterstützt von SPD, FDP, Linken und CSU. Die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag zur Änderung des Grundgesetzes scheiterte jedoch stets am Veto der CDU.



Land:

Schleswig-Holstein hat die Volksgesetzgebung mit der Verfassungsreform 1990 eingeführt. Damit ist das Volk neben dem Landtag Gesetzgeber. Seit 1990 haben sich etwa 30 Volksinitiativen an den Landtag gewandt. Zweimal kam es zu einem Volksentscheid: 1997 gab es zwar eine Mehrheit für die Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag. Das Ansinnen scheiterte jedoch an der geringen Beteiligung. 1998 stimmte eine Mehrheit gegen die Rechtschreibreform (siehe Seite 7). Die Landesverfassung sieht ein Drei-Stufen-Modell vor.

1. Volksinitiative

Die Antragsteller müssen mindestens 20.000 Unterstützer-Unterschriften sammeln. Der Landtag prüft dann die Zulässigkeit. So darf die Initiative nicht in die Haushaltshoheit des Parlaments eingreifen und nicht den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats widersprechen. Gibt das Plenum grünes Licht, hat das Parlament vier Monate Zeit, um über die Initiative zu beraten.

2. Volksbegehren

Lehnt das Parlament die Volksinitiative ab, können die Initiatoren ein Volksbegehren starten. Hierzu müssen sie innerhalb eines halben Jahres 80.000 Unterstützer hinter sich bringen.

3. Volksentscheid

Ist ein Volksbegehren erfolgreich, müssen die Bürger innerhalb von neun Monaten zu einem Volksentscheid gerufen werden. Der Gesetzesvorschlag gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der Wähler zustimmt und wenn mindestens 15 Prozent aller Wahlberechtigten dafür sind. Bei einem Volksentscheid über eine Verfassungsänderung müssen zwei Drittel der Wahlteilnehmer zustimmen – mindestens jedoch die Hälfte aller Stimmberechtigten.

Kommunen:

Wenn Bürger in ihrer Gemeinde einen neuen Kindergarten oder einen Sportplatz einrichten wollen, dann können sie ein Bürgerbegehren starten und damit einen Bürgerentscheid erzwingen. Seit die Bürgermitbestimmung in den Kommunen im Jahr 1990 eingeführt wurde, gab es im Lande etwa 300 Bürgerbegehren. Etwa die Hälfte schaffte es zum Bürgerentscheid. Themen dürfen nur Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde oder des Kreises sein. Anliegen, die in die Zuständigkeit des Landes oder des Bundes fallen, sind ausgeschlossen. Ebenfalls nicht möglich sind Entscheidungen über Haushalt und Gebühren. In den Kommunen gibt es ein Zwei-Stufen-Modell.

1. Bürgerbegehren

Hier muss eine bestimmte Anzahl der Bürger ihre Unterstützung signalisieren. Die Quote variiert nach Einwohnergröße. Bei Orten bis 10.000 Einwohnern liegt sie bei zehn Prozent, bei 50.000 bis 100.000 sind es sechs Prozent. In den Großstädten Kiel und Lübeck müssen nur vier Prozent zustimmen. Hintergrund: Je größer der Ort, desto schwieriger gestaltet sich die Suche nach Unterstützern.

2. Bürgerentscheid

Dieser ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten die gestellte Frage mit „Ja“ beantwortet, sofern diese Mehrheit ein bestimmtes, nach Einwohnergröße gestaffeltes Quorum erreicht. So müssen in Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern 20 Prozent, in den großen Städten jedoch nur acht Prozent zustimmen.



„Verantwortung vor Gott“ oder „Privatsache“?

Bürgerbeteiligung im Ausschuss

Die Volksinitiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung ist im Juli knapp gescheitert. 45 Abgeordnete stimmten für das Ansinnen – eine Stimme fehlte damit zur verfassungsändernden Zwei-Drittel-Mehrheit. Zuvor hatte die Zivilgesellschaft das Wort. Der Innen- und Rechtsausschuss bat insgesamt 49 Verbände und Experten um Stellungnahmen – von der Alevitischen Gemeinde bis zum Zentrum für Religionswissenschaftliche Studien der Uni Bochum. Darüber hinaus wandten sich zahlreiche Bürger an den Ausschuss, die Fraktionen oder die Landtagsverwaltung. Auch diese Standpunkte flossen in die Entscheidungsfindung der Abgeordneten ein. Hier eine Auswahl der Meinungen:

PRO

„Es wird (...) konkret benannt, was unter gemeinsamen Werten verstanden werden soll: Menschenrechte, Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit usw. Wenn also vor dieser Aufzählung konkreter Werte von ‚Verantwortung‘ die Rede ist, dann geht es dabei nicht in erster Linie um diese Werte selbst, sondern vor allem darum, dass Menschen überhaupt verantwortlich sind. Es geht um eine grundlegende anthropologische Aussage: Menschen sind sich selbst und der Welt nicht ausgeliefert. Sie sind nicht durch Zwangsläufigkeiten bestimmt, können aber auch nicht für sich beanspruchen, einfach wertfrei zu tun, was sie wollen.“

Gothart Magaard,
evangelisch-lutherischer Bischof im
Sprengel Schleswig und Holstein

KONTRA

„Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Unmenschlichkeit, an der die organisierten Religionen maßgeblichen Anteil hatten und haben. Ein Ende der religiösen Gewalt und Intoleranz ist nicht in Sicht.

Im Gegenteil: Kaum ein Tag, an dem nicht von militanten Religionsanhängern Gewalttaten verübt werden. (...) Nach Auffassung des IBKA bedarf die Präambel der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein keines Falls eine Änderung, die ‚Gott‘ oder eine Privatsache wie ‚Religion‘ an prominenter Stelle erwähnt.“

Rainer Ponitka,

Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA)

PRO

„Der ZMD begrüßt die vorgesehene Änderung der Präambel der Landesverfassung sehr. Als Muslime ist für uns ebenso wie für andere religiöse Menschen der Bezug auf Gott als handlungsleitend für die Verantwortungsübernahme in Staat und Gesellschaft zentral. Da wir an Gott glauben, glauben wir auch, für unsere Handlungen in Politik und Gesetzgebung ebenso wie im privaten Alltag uns stets vor Gott verantworten zu müssen.“

Aiman Mazyek,

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

KONTRA

„Der weltanschaulich neutrale Staat muss seine Normen in säkularer Weise begründen und die weltanschauliche Unterfütterung dieser Normen den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bzw. den Bürgerinnen und Bürgern überlassen. Nur dank einer

solchen weltanschaulichen Enthaltensamkeit kann der Staat Heimstatt aller Bürgerinnen und Bürger sein.“

Dr. Michael Schmidt-Salomon,
Giordano-Bruno-Stiftung

PRO

„Ein Gottesbezug berücksichtigt (...) die Tatsache, dass nicht Atheismus oder Nihilismus, sondern überbezügliche Dimensionalität zum Menschsein gehört und daher eben auch diese nicht aus dem tatsächlichen Verfassungsgeschehen auszuklammern, sondern vielmehr durch einen modernen Staat einzuflechten ist.“

Beate Bäumer,
Katholisches Büro Schleswig-Holstein

KONTRA

„Für mich als liberaler Rabbiner in Europa ist eine Trennung von Staat und Religion/Kirche/Glauben sehr wichtig. Zu oft haben wir in der Geschichte gesehen, wie Religion missbraucht werden kann, um alles zu rechtfertigen – sei es pro oder contra Todesstrafe oder Krieg oder Abtreibung oder Ausgrenzung von Minderheiten. Man kann Religion benutzen für Toleranz oder für Intoleranz. (...) Ich glaube an Gott, nicht aber an den Menschen – ich bin dafür, dass Menschen an Gott denken, aber nicht, dass sie versuchen, für Gott zu sprechen.“

Dr. Walter Rothschild,
Landesrabbiner a.D.



Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.

Diesmal geht die Reise ins Jahr 1999. Der Landtag führt die Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein ein – und setzt sich damit über einen Volksentscheid hinweg.



1999: Eine Sprach-Insel zwischen zwei Meeren – Landtag kontra Volksentscheid

Wer bislang an einem „Fluß“ wohnte und die dortige „Schiffahrt“ verfolgte, bekam es plötzlich mit „Flussschiffahrt“ zu tun. Im Zoo gab es nun „Delfine“, „Panter“ und „Schneeeulen“ zu bestaunen. Die Rechtschreibreform stellte Mitte der 90er-Jahre viele Gewohnheiten auf den Kopf, führte zu Protesten und Boykottaufrufen. Die Reform wurde schließlich abgemildert, und nach zehn Jahren herrschte weitgehender Rechtschreibfrieden. Schleswig-Holstein stand im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Bürger lehnten die neuen Schreibregeln 1998 per Volksentscheid ab. Aber der Landtag stimmte ein Jahr später trotzdem dafür.

Vom „keiser“ zum „Bettuch“

Uneinheitlich, kompliziert: So urteilen Sprachwissenschaftler in den 80er-Jahren über die deutsche Rechtschreibung. Warum heißt es „in bezug auf“, aber „mit Bezug auf“? Warum „als Ganzes gesehen“, aber „im ganzen gesehen“? Einige Germanisten setzen auf eine Radikalreform – und erleiden 1989 Schiffbruch. Der „keiser“ soll fortan auf seinem „tron“ Platz nehmen? Die Öffentlichkeit reagiert empört, der Vorstoß wird beerdigt. Aber die Idee einer Reform lebt weiter.

Den nächsten Anlauf startet die Kultusministerkonferenz (KMK), die 1991 eine Expertengruppe einsetzt. Im November 1994 legen die Sprachwissenschaftler ihr Ergebnis vor. Die Neuerungen betreffen lediglich 0,5 Prozent aller Wörter, aber einige Änderungen springen ins Auge. So wird das „ß“ vielfach vom „ss“ verdrängt, und der dreifache Konsonant („Bettuch“) hält Einzug. Die neue Rechtschreibung soll ab 1. August 1998 an allen deutschen Schulen Pflicht werden. Die Innenminister ziehen nach: Bereits lange vor dem Termin beginnen die Behörden, neu zu schreiben. Die Schulen in allen Bundesländern starten gemeinsam im November 1996.

Mehrheit will kein „Portmonee“

Doch ein großer Teil der Deutschsprecher und -schreiber ist auf den Zinnen. Die Kritik richtet sich vor allem gegen neue Schreibweisen für gängige Wörter. Nur wenige möchten ihr „Portmonee“ zücken, um „Spagetti“ mit „Ketschup“ zu kaufen. Eine Allensbach-Umfrage ergibt 1997: 70 Prozent der Deutschen lehnen die Reform ab. Verlage und Zeitungsredaktionen sperren sich ebenfalls. Auf der Frankfurter Buchmesse 1996 unterzeichnen Hunderte Schriftsteller und Wissenschaftler eine Protestnote.

Im nördlichsten Bundesland, wo die Hürden für die direkte Beteiligung besonders niedrig sind, wird der Schreib-Streit zum Politikum. Die Volksinitiative „WIR gegen die Rechtschreibreform“ legt dem Landtag einen Gesetzentwurf vor: In den Schulen soll die deutsche Sprache so gelehrt werden, „wie sie in der Bevölkerung seit langem anerkannt ist und in der Mehrzahl der lieferbaren Bücher verwendet wird“. Stimme der Norden gegen die Reform, so sei dies „richtungsweisend für die anderen Bundesländer“, unterstreicht die Initiative in einem Flugblatt.



Notizen nach den neuen Schreibregeln?
Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD, li.)
und Grünen-Fraktionschefin Irene Fröhlich
im Landtag.

Die CDU im Landtag sieht das auch so. „Unsere Sprache“, betont der Abgeordnete Heinz Maurus im Februar 1997, „ist ein Kulturgut herausragenden Ranges, das sich mit Generationen von Menschen natürlich entwickelt hat. Soll es jetzt tatsächlich künstlich verändert werden? Ich meine, nein!“ SPD, Grüne, FDP und SSW sind dagegen reformfreudig und lehnen die Initiative ab. „Das deutsche Volk wird unter dieser Reform nicht zusammenbrechen“, urteilt die Grünen-Fraktionsvorsitzende Irene Fröhlich.

Mit Asterix für die Reform

„WIR gegen die Rechtschreibreform“ startet daraufhin ein Volksbegehren und sammelt 223.388 Unterschriften – mehr als doppelt so viele wie nötig, um einen Volksentscheid herbeizuführen. Damit steht die rot-grüne Landesregierung unter Druck. Bildungsministerin Gisela Böhrk (SPD) warnt im Juli 1998 im Landtag vor einer Sprach-Insel zwischen den Meeren. Sie bemüht den Comic-Helden Asterix und blickt voraus: „Überall wird die neue Rechtschreibung geschrieben. Wirklich überall? Nein, ganz oben im Norden haust ein kleines unbeugsames Völkchen. Hier singen und schreiben die Dichter das Wort ‚überschwänglich‘ noch mit ‚e‘.“

Zudem steht die Bundestagswahl vom 27. September 1998 vor der Tür. Die SPD wehrt sich zunächst dagegen, den Volksentscheid auf den Wahltag zu legen. Denn an diesem Tag hätte die Initiative eine deutlich höhere Chance, das nötige Zustimmungsquorum von 25 Prozent zu erreichen. Demgegenüber

hatten die Bürger, die ein Jahr zuvor für den Erhalt des Buß- und Bettags kämpften, diesen Vorteil nicht – und scheiterten an einer zu geringen Beteiligung. Stichwort: Chancengleichheit. Außerdem wird befürchtet, Reformgegner könnten nicht nur gegen die neuen Schreibregeln stimmen, sondern gleichzeitig auch Sozialdemokraten und Grüne abstrafen. Letztlich beugt sich die SPD jedoch dem öffentlichen Druck. Abgestimmt wird am 27. September.

Alt wird richtig, aber neu ist nicht falsch

Und die Schleswig-Holsteiner erteilen der Reform eine Absage. 56,4 Prozent, insgesamt 880.000 Menschen, wollen kein „Ass“ aus dem Ärmel schütteln. Die Formulierung der Initiative landet als Paragraph 4, Absatz 10 im Schulgesetz. Indes: Die Furcht, die Bürger könnten SPD und Grünen die kalte Schulter zeigen, erfüllt sich nicht. Gerhard Schröder löst Helmut Kohl als Bundeskanzler ab, auch wegen großer Stimmengewinne im Norden.

Nach dem Nein zur neuen Rechtschreibung gibt es drei Verlierer. Zum einen die Landesregierung. Dann den Duden, denn die Verkäufe des Wörterbuches mit den neuen Schreibregeln brechen ein. Und schließlich die Schülerschaft. Die Pennäler sollen nach knapp zwei Jahren Unterricht in Neu-Deutsch wieder auf alt getrimmt werden. Bildungsministerin Böhrk reagiert per Schnell-Erlass: Die alte Rechtschreibung wird ab sofort wieder gelehrt, aber es gilt nicht als Fehler, wenn ein Schüler nach neuen

Regeln schreibt. Alle Schulbücher, ob alt oder neu, werden weiter verwendet.

Die Ministerin wolle das Votum der Bevölkerung „durch Trickserien unterlaufen“, argwöhnt der FDP-Abgeordnete Ekkehard Klug Anfang Oktober im Landtag. Böhrk kontert: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer ab morgen den Kindern Fehler für etwas anstreichen sollen, was sie ihnen gestern selbst beigebracht haben.“ Die CDU setzt auf einen Domino-Effekt: „Bei den Volksinitiativen, die im Bundesgebiet noch laufen, wird ein Argument nicht mehr ziehen können: das der Inzellösung“, hofft der Abgeordnete Jost de Jager.

Der Norden findet keine Nachahmer

Der Rest der Republik bleibt allerdings unbeeindruckt. Mehrere Initiativen scheitern. In Bayern seien die Schüler rundum glücklich mit den neuen Schreibregeln, stellt CSU-Landesvater Edmund Stoiber auf der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember 1998 fest. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits vorher geurteilt, dass die Reform in Kraft bleiben kann, auch wenn ein Land ausschert.

Zu diesem Zeitpunkt hat der Streit schon ein prominentes Opfer gefordert: Bildungsministerin Böhrk tritt Ende Oktober 1998 zurück – ihre Entlassung durch Ministerpräsidentin Heide Simonis galt als ausgemacht. „Ich habe immer gewusst, dass dieses Ministerium ein Schleudersitz ist“,

sagt sie vor den Medien: „Dass es mich nun ausgerechnet über die Rechtschreibreform erwischt, ist etwas überraschend.“

Da ganz Deutschland zum Neu-Schreiben entschlossen ist, schwenkt die Nord-CDU um. „Vor allem im Interesse der Kinder“ müsse die neue Lage akzeptiert werden, betont Fraktionschef Martin Kayenburg in einer Pressemitteilung im Juli 1999. Auch die anderen Fraktionen sehen dringenden Handlungsbedarf. Im September, ein Jahr nach dem Volksentscheid, kippt der Landtag das Votum der Wähler.

„Entschuldigung, ich komme aus Schleswig-Holstein!“

Im Gegensatz zu den vorherigen emotionalen Debatten wird kurz und nüchtern argumentiert. Es sei schwer zu erklären, gesteht die SSW-Abgeordnete

Anke Spoorendonk, „wenn der Landtag erst Volksentscheide zulässt und dann gleich die erste vom Volk herbeigeführte Gesetzesänderung wieder aufhebt“. Das Parlament müsse sich aber zwischen zwei Zielen entscheiden: der direkten Demokratie und der „Verantwortung gegenüber den Schülern“. Die „veränderte Ausgangslage“, nämlich die Sprach-Isolation Schleswig-Holsteins, sei für seine Fraktion entscheidend, unterstreicht CDU-Mann de Jager. Von der Reform sei er inhaltlich „immer noch nicht überzeugt“. Böhrrs Nachfolgerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) liest aus einem Brief vor, den ihr Schüler eines Quickborner Gymnasiums geschrieben haben. Darin berichten die Abiturienten, dass sie sich auch in anderen Bundesländern bewerben möchten. Und dass sie ihr Anschreiben nicht mit dem Satz beenden wollen: „Entschuldigen Sie bitte meine Rechtschreibung, aber ich komme aus Schleswig-Holstein.“

Paragraph 4, Absatz 10 wird schließlich einstimmig aus dem Schulgesetz gestrichen. Nach den Herbstferien 1999 schreiben auch Schleswig-Holsteins Schüler nach den neuen Regeln. Reformgegner sprechen von einem „schwarzen Tag für die direkte Demokratie“ (siehe Kasten).

Man darf jetzt „Eis laufen“ und „eislaufen“

Der bundesweite Streit um die „Schlechtschreibreform“, wie Kritiker spotten, geht weiter. Bereits Mitte der 90er-Jahre hatten die Reformer ihr Regelwerk entschärft. Der „Frefel“ blieb ein „Frevel“, das „Alphabet“ wurde nicht zum „Alfabet“. 2004 kehren der Springer-Verlag, der „Spiegel“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Allgemeine“ und weitere Blätter zu den alten Regeln zurück. 2005 stoppen Bayern und Nordrhein-Westfalen die Reform.

Die KMK hat inzwischen den „Rat für deutsche Rechtschreibung“ eingesetzt. Dessen Vorschläge entschärfen im Jahr 2006 die Lage. Das Motto: Es gibt ab jetzt mehrere richtige Schreibweisen. Etwas, das einem bislang „Leid tun“ musste, durfte einem fortan auch wieder „leidtun“. Eine „Zeit sparende“ Lösung war nun nicht mehr besser als eine „zeitsparende“. Und wer zwischendurch „Eis laufen“ musste, konnte jetzt wieder „eislaufen“.

Der Boykott der meisten Medien und der beiden Bundesländer endet am 1. August 2006. Seitdem schreiben Deutschlands Schüler nach den mehrmals überarbeiteten Bestimmungen – und haben sich daran gewöhnt. Viele Verlage haben Haus-Orthografien, die sich an den neuen Regeln orientieren. Und wer das alles für zu „aufwändig“ hält, kann die neuen Vorgaben in seinen Briefen oder E-Mails schlicht ignorieren. Es herrscht wieder Rechtschreibfrieden, aber in der Politik ist kaum Freude zu vernehmen. Brandenburgs Bildungsministerin Johanna Wanka bekennt 2006 in einem Interview, „dass die Rechtschreibreform falsch war“. Und ihr bayerischer Amtskollege Hans Zehetmair hält die Reform für „überflüssig“. Denn: „Ob man Friseur mit ‚ö‘ schreibt oder mit ‚eu‘ – wen sollte das aufregen?“

Karsten Blaas

Viele Bürger protestierten, als der Landtag sich im September 1999 über den Volksentscheid zur Rechtschreibreform hinwegsetzte.

Die entscheidende Frage: **Durften die das?**

NEIN!

... sagt der Sozialwissenschaftler Andreas Paust vom

Verein „Mehr Demokratie“. Er nimmt 1999 in der „zeitschrift für direkte demokratie“ Stellung.

„Für ‚Mehr Demokratie Schleswig-Holstein‘ ist ein Volksentscheid die höchste Willensäußerung der Bevölkerung. Ein Volksentscheid ist deshalb höherrangig als ein Landtagsbeschluss, weil sich durch ihn der Souverän direkt und unmittelbar äußert, während ein Landtagsbeschluss eine indirekte und mittelbare Willensäußerung des Volkes darstellt. (...) ‚Mehr Demokratie Schleswig-Holstein‘ ist der Meinung, dass die Entscheidung, ob ein Volksentscheid aufgehoben wird, nur von denjenigen getroffen werden darf, die die Ursprungsentscheidung getroffen haben: das Volk. (...) Ein schwarzer Tag für die direkte Demokratie in Schleswig-Holstein, denn wer wird jetzt noch die Mühen eines Volksgesetzgebungsverfahrens auf sich nehmen, wenn er damit rechnen muss, dass der Landtag das Abstimmungsergebnis nach eigenem Gutdünken wieder aufhebt?“

JA!

... sagen Martin Möllers und Robert van Ooyen. Die Verfassungsjuristen

äußern sich in Ausgabe 4/2000 der „Zeitschrift für Politik“.

„Artikel 37 der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung stellt fest: ‚Die Gesetze werden vom Landtag oder durch Volksentscheid beschlossen.‘ Daraus ergibt sich, dass sowohl beim Gesetzesinitiativrecht als auch bei der Gesetzgebung Parlament und Volk auf derselben Stufe der Normenhierarchie stehen. (...) Kein einzelnes Verfassungsorgan verfügt über ‚Souveränität‘ – weder das Volk, noch das Parlament (...), sondern alle stehen zueinander in einem wechselseitigen Kontrollverhältnis von ‚checks and balances‘. (...) Daher stehen aus verfassungstheoretischer Sicht Volks- und Parlamentsgesetzgebung auf ein- und derselben Hierarchiestufe. Nicht nur bliebe ja gegen den Parlamentsbeschluss ein erneuter Volksentscheid denkbar, sondern vor allem ist die Kontrollmöglichkeit des ‚Volkes‘ durch die nächste Landtagswahl gegeben.“

Brexit: Ergebnis respektieren, besser argumentieren

Kaum ein Volksentscheid zuvor hatte eine solche politische Sprengkraft wie der Brexit. Die Bürger Großbritanniens haben sich Ende Juni mehrheitlich dafür entschieden, aus der Europäischen Union auszutreten. Das Vereinigte Königreich steuert nun in eine ungewisse Zukunft, und die EU steht auch anderswo auf dem Prüfstand. Welche Konsequenzen hat der Brexit für die Idee der direkten Demokratie? Der Landtag strich im Juli zwei Punkte heraus. Erstens: Die Entscheidung der britischen Bürger ist zu respektieren – auch wenn man sie für falsch hält. Und: Politiker müssen ihren Kurs besser erklären. Sonst beherrschen, wie beim Brexit, Populisten die Debatte.



**Ministerpräsident
Torsten Albig
(SPD):**

„Hierüber müssen wir gemeinsam nachdenken: Wie können wir verhindern, dass künftig Halbwahrheiten und Unwahrheiten

unwiderrspochen unter das Volk gebracht werden und bei Abstimmungen scheinbar einfache Lösungen gewinnen?“



Lars Harms (SSW):

„Europa besteht aus unterschiedlichen Nationen und Regionen, und deshalb ist es wichtig, diesen Nationen und Regionen weite Spielräume zu lassen. Rechtspopulistische Bewegungen nutzen es aus, wenn regionale und nationale Gepflogenheiten in einer gleichmacherischen EU keine Chance

mehr haben.“



**Daniel Günther
(CDU):**

„Wir müssen versuchen, Europa auf das herunterzubrechen, was die Menschen hier in Schleswig-Holstein bewegt: Was bedeuten die Entscheidungen

auf europäischer Ebene für jeden einzelnen von uns? Vielleicht haben wir in der Vergangenheit tatsächlich versäumt, das den Menschen nahezubringen.“



Ralf Stegner (SPD):

„Das Thema direkte Demokratie ist beschädigt worden, weil Populisten sich die direkte Demokratie zunutze gemacht haben. Wir brauchen keinen Ersatz für repräsentative Demokratie, sondern wir müssen sie ergänzen. Wir brauchen ein Europa mit mehr Demokratie, mehr Transparenz und Werten, die wir gemeinsam vertreten.“

Wir brauchen ein Europa mit mehr Demokratie, mehr Transparenz und Werten, die wir gemeinsam vertreten.“



**Eka von Kalben
(Grüne):**

„Ich habe auch manchmal Angst davor, mehr direkte Demokratie zuzulassen, weil ich mir natürlich vorstellen könnte, dass die eine oder andere Entscheidung gefällt wird, die mir überhaupt nicht gefällt – siehe das Referendum zum Brexit. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir sagen: Wir tun so, als gäbe es diese Meinungen nicht.“

„Ich habe auch manchmal Angst davor, mehr direkte Demokratie zuzulassen, weil ich mir natürlich vorstellen könnte, dass die eine oder andere Entscheidung gefällt wird, die mir überhaupt nicht gefällt – siehe das Referendum zum Brexit. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir sagen: Wir tun so, als gäbe es diese Meinungen nicht.“



**Wolfgang Kubicki
(FDP):**

„Die Briten haben Europa verlassen, weil sie die Dominanz der Europäischen Union bei einer ganz zentralen Frage nicht wollen. Nämlich bei der Frage,

wer darüber entscheidet, wie viele Menschen ins Land kommen und welche Menschen ins Land kommen.“



**Angelika Beer
(Piraten):**

„Die derzeitigen Strukturen sind demokratiefeindlich und schädlich. Ohne die demokratische Legitimation durch die Bürger ist die EU zum Scheitern verurteilt. Demokratie und Vertrauen bedingen einander. Warum trauen wir nicht einmal den Menschen in unserem Land zu, über unsere zukünftige Verfassung abzustimmen?“

„Die derzeitigen Strukturen sind demokratiefeindlich und schädlich. Ohne die demokratische Legitimation durch die Bürger ist die EU zum Scheitern verurteilt. Demokratie und Vertrauen bedingen einander. Warum trauen wir nicht einmal den Menschen in unserem Land zu, über unsere zukünftige Verfassung abzustimmen?“

Mehr Transparenz für Bürger: Ämter sollen ihre Akten öffnen

Bürger sollen künftig Akten aus Landesbehörden in einem öffentlich zugänglichen Register einsehen können. Das sieht ein Entwurf der Nord-Ampel vor, mit dem das Informationszugangsgesetz erweitert werden soll. Das Gesetz sichert seit 2012 den freien Zugang zu amtlichen Informationen. Nun sollen die Landesbehörden ihrerseits verpflichtet werden, Verwaltungsvorschriften oder Geschäftsverteilungs- und Akten-

pläne an das neu zu schaffende elektronische Register zu melden. Eine Information soll künftig grundsätzlich öffentlich sein, sofern nicht Geheimhaltungsinteressen überwiegen.

Allerdings: Koalition, Union und Liberale wollen Landesrechnungshof, Justiz und auch den Landtag weitgehend von der neuen Regelung ausnehmen. Denn: Als Gesetzgeber und Kontrollinstanz der Regierung

sei er politischer Akteur und keine Behörde. Insbesondere die juristischen Gutachten, in denen der Wissenschaftliche Dienst des Landtages die Gesetzesvorhaben der Fraktionen unter die Lupe nimmt, sollen vertraulich bleiben. Die Piraten kritisierten dies scharf und wollen ein eigenes Transparenzgesetz vorlegen. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss.

(Drucksachen 18/4409, /4465)

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Windkraft-Planung: Die CDU will den Kommunen ein Mitspracherecht bei der Ausweisung von Windkraft-Flächen einräumen. Seit einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig (OVG) bestehe bei Bürgern und Gemeindevertretungen „eine erhebliche Unsicherheit darüber, inwieweit gemeindliche Entscheidungen im Rahmen der Regionalplanaufstellung berücksichtigt werden können“, so Petra Nicolaisen (CDU) in der September-Sitzung des Landtages. Ihre Forderung: Die im Beteiligungsverfahren vorgetragene und sachlich begründete Entscheidung der Kommunen sollen eine zusätzliche Prüfpflicht der Landesplanungsbehörde auslösen.

Im Januar 2015 hatte das OVG die Regionalpläne des Landes gekippt. In ihrem Urteil machten die Richter deutlich, dass der Bürgerwille allein nicht ausschlaggebend sein könne. Sie rügten, dass von vornherein jene Gemeinden von der Ausweisung ausgenommen wurden, die gegen die Windkraftnutzung votiert hatten.

Das Problem sei, die „rein örtliche Meinungsbildung auf eine überörtliche Ebene zu heben“ erwiderte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD). An dieser Sachlage ändere das Unionspapier nichts: „Die CDU beschreibt nur geltendes Recht“. Es gebe derzeit keinen Experten, der eine „saubere Lösung“ bieten könne, so der Ministerpräsident. Auch Koalitionsabgeordnete warfen der CDU „Symbolpolitik“ vor, die in der Sache nichts bringe. Alle Fraktionen betonten: Bei der Ausweisung von Wind-Flächen solle den Vor-Ort-Betroffenen ein Mitspracherecht eingeräumt werden. Der Innen- und Rechtsausschuss berät weiter. Im Juli waren CDU, FDP und Piraten bereits mit mehreren Entwürfen zur Windkraftplanung gescheitert. (Drucksache 18/4590 neu)

Kommunalrecht: Das Innenministerium kann künftig Gemeinden aus Ämtern herauslösen und einem anderen Amt zuordnen. Außerdem müssen die Kommunen

dem Land regelmäßig über ihre Bemühungen für den Klimaschutz berichten. Die entsprechenden kommunalrechtlichen Änderungen setzten SPD, Grüne und SSW im Juli durch.

Die Piraten enthielten sich, CDU und FDP lehnten die Änderungen ab. Sie hatten in der Ersten Lesung im November 2015 bereits harsche Kritik geübt: Die Nord-Ampel missachte das kommunale Selbstbestimmungsrecht. Und: Die Berichtspflicht über Klimamaßnahmen sei eine neue bürokratische Last.

Der Regierungsentwurf war im Zuge der Ausschussberatungen an einigen Stellen geändert worden. Eine wesentliche Neuerung betrifft die Zusammensetzung der Amtsausschüsse: Die Gemeinden erhalten jetzt je angefangene 250 Einwohner eine Stimme. Ursprünglich hatte die Koalition pro Gemeinde den Bürgermeister und ab 1.000 Einwohner einen weiteren sowie ab 3.000 zwei weitere Vertreter in das Gremium schicken wollen. (Drucksache 18/4428)

ÖPNV für Touristen: Die Landesregierung will den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Kur- und Erholungsorten des Landes attraktiver gestalten und so Anreize für Touristen schaffen. Über eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes sollen die Ferienorte ermuntert werden, künftig die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen in ihre Gästekarten einzubeziehen. Mit dieser Karte erhalten Kurgäste vielerorts verbilligten oder kostenlosen Eintritt. Finanziert werden soll die erweiterte Gästekarte durch einen pauschalen Aufschlag auf die Kurabgabe. Vorbild ist Baden-Württemberg. Dort zahlen die Gäste pro Übernachtung 36 Cent für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV. Die Kommunen reichen aus diesem Erlös Geld an die beteiligten Verkehrsbünde weiter. Der Gesetzentwurf wird nun im Finanzausschuss sowie im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten. (Drucksache 18/4607)

Hundesteuer: Schleswig-Holstein macht endgültig Schluss mit erhöhten Steuern für sogenannte Kampfhunde. Einige Gemeinden und Kreise verlangten eine höhere Hundesteuer, wenn das Tier einer bestimmten Rasse angehört. Mit der Mehrheit von Nord-Ampel, FDP und Piraten schloss das Plenum im September eine Lücke im Kommunalabgabengesetz. Den Änderungsentwurf hatten die Piraten vorgelegt. Dagegen stimmte einzig die Union.

Die Kommunen erhoben teils erheblich höhere Steuern für bestimmte Hunde – trotz des neuen Hundegesetzes, das seit Jahresbeginn in Kraft ist. Dort wurde die Rasseliste abgeschafft. Vor dem Landtagsbeschluss zur Extra-Steuer hatte das Schleswiger Verwaltungsgericht ein Urteil in dieser Sache gefällt. Tenor: Eine Gemeinde darf zwar eine höhere Hundesteuer bei konkreten Anhaltspunkten für eine „abstrakte Gefährlichkeit“ verlangen, nicht aber allein wegen Größe und Gewicht des Tieres.

(Drucksachen 18/3945, /4623)

Bibliotheken: Schleswig-Holstein hat seit Juli ein eigenes Bibliotheksgesetz. Mit den Stimmen der Koalition und Teilen der Piraten verabschiedete der Landtag den vom Kulturministerium erarbeiteten Gesetzentwurf. Ziel ist es, das Bibliothekswesen auf eine eigenständige Grundlage zu stellen und die Bestände dauerhaft zu sichern.

Die Landesbibliothek wird zur Landesoberbehörde, womit sie den Behörden des Denkmalschutzes und Archivwesens gleichgestellt ist. Darüber hinaus liefert das Gesetz eine Aufgabenbeschreibung für die 160 öffentlichen Bibliotheken und 13 Fahrbüchereien des Landes. Die CDU lehnte das Gesetz ab, FDP und einige Piraten enthielten sich. Die Union sieht in dem Regelwerk einen „zahnlosen Tiger“: Er enthalte für die Kommunen keinerlei Verpflichtungen, die Bibliotheken zu unterstützen.

(Drucksache 18/4381)

Runder Tisch und PUA Wie können Jugendheime besser werden?

Der bestmögliche Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die in Heimen leben, ist derzeit ein Schwerpunkt der Landtagsarbeit. Bereits seit September 2015 befasst sich ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) mit den in die Kritik geratenen „Friesenhof“-Einrichtungen. Der Sozialausschuss hat zudem einen Runden Tisch zum Thema Heimerziehung eingerichtet.

Rund 100 Experten aus Jugendämtern, Jugendhilfe und Familiengerichten haben sich zwischen April und September insgesamt sechsmal mit den Sozialpolitikern im Landtag getroffen. Im Zentrum des Runden Tisches stand die Frage, wie die verschiedenen Institutionen besser zusammenarbeiten können. Und: Welche pädagogischen Ansätze sind erfolgreich?

Anfang September stieß Prof. Menno Baumann dazu. Er lehrt und forscht an der Fliehdner-Fachhochschule in Düsseldorf zum Thema Intensivpädagogik und leitet eine Hilfseinrichtung im niedersächsischen Oldenburg. Baumann sprach über sogenannte „Systemsprenger“ – Jugendliche mit psychischen und sozialen Schwierigkeiten, die bereits mehrfach ein Hilfsangebot



Wandte sich gegen einen „dogmatischen“ Umgang mit schwierigen Jugendlichen: Prof. Menno Baumann

abgebrochen haben. Solche „schwierigen Fälle“ dürfe ein Pädagoge nicht nach den eigenen „ideologischen Grundeinstellungen“ beurteilen, mahnte Baumann. Und schon gar nicht nach der „Verfügbarkeit von Plätzen“ in einer Einrichtung. Ausschlaggebend seien eine „fundierte Biografie-Arbeit“ und ein intensiver Blick auf die Erfahrungen des Betroffenen, um ein passendes Angebot zu finden. Dies könne dann eine geschlossene Einrichtung, aber auch eine Einzelbetreuung, eine Wohngruppe oder eine Verhaltenstherapie sein.

PUA: Ende in Sicht

Der Untersuchungsausschuss will die Vorgänge in mehreren „Friesenhof“-Mädcheneinrichtungen aufklären. Ehemalige Bewohnerinnen erheben schwere Vorwürfe gegen das Personal. Die Rede ist von Gewalt, Erniedrigung und Isolation. Im Raum steht auch die Frage, seit wann das Sozialministerium von den Vorwürfen wusste. Bis November soll die Zeugenvernehmung abgeschlossen sein. Dann sollen auch Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) sowie ihre Vorgänger Heiner Garg (FDP) und Gitta Trauernicht (SPD) ausgesagt haben. Der Abschlussbericht wird für das erste Quartal 2017 erwartet.

Nordschleswig-Gremium Sichere Finanzen bis 2020

Die deutsche Minderheit in Dänemark kann auch in den nächsten vier Jahren auf verlässliche finanzielle Unterstützung aus Schleswig-Holstein bauen. Das ist ein zentrales Ergebnis des Nordschleswig-Gremiums, das sich Mitte September im Landeshaus getroffen hat.

Rund 1,9 Millionen Euro sollen bis 2020 jedes Jahr von Kiel in die Kulturarbeit des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) fließen, vor allem in Schulen und Kitas. Hinzu kommen Anpassungen an eventuelle Kostensteigerungen. Die Zustimmung des Landtages in den anstehenden Haushaltsberatungen gilt als sicher. „So ein Modell hätten wir auch gerne mit der Bundesregierung“, bemerkte der BDN-Vorsitzende Hinrich Jürgensen mit Blick auf oftmals schwierige Finanz-Verhandlungen mit Berlin.

Damit geht der 2012 abgeschlossene und auf vier Jahre angelegte Zuwendungsvertrag in die nächste Runde. Der damalige Landtagspräsident Torsten Geerds und Landtagsdirektor Utz Schliesky hatten die Vereinbarung ausgehandelt, Ministerpräsident Torsten Albig hatte das Vertragswerk mit der dänischen Seite unterzeichnet.

Im Nordschleswig-Gremium kommen seit 1975 zweimal im Jahr Vertreter des Landtages und des Bundestages mit Repräsentanten der deutschen Volksgruppe zusammen. Die deutsche Gemeinde nördlich der Grenze umfasst rund 15.000 Menschen.

Wirtschaftsausschuss Volles Programm in Oslo

E-Mobilität, Verkehr, Energie, Rüstung: Diese Schwerpunkte behandelte der Wirtschaftsausschuss Anfang September bei seiner dreitägigen Reise nach Oslo. Die Landtagsabgeordneten trafen zahlreiche hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft.

Ziel sei es gewesen, „die wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren norwegischen Freunden weiter zu vertiefen und uns über Entwicklungen zu informieren, die für Schleswig-Holstein von Interesse sind“, betonte der Ausschussvorsitzende, der FDP-Abgeordnete Christopher Vogt. Bei der Elektromobilität sei Norwegen schon sehr weit, so Vogt. Daneben gebe es Anknüpfungspunkte bei den Erneuerbaren Energien und den Häfen. Und: „Wir wollen uns über das norwegische Interesse an Wehrtechnik aus Schleswig-Holstein informieren.“ Ein weiteres Thema war NordLink, die geplante Stromtrasse unter der Nordsee zwischen Wilster und dem südnorwegischen Tonstad.

Der Ausschuss kam mit dem deutschen Botschafter in Oslo, Thomas Götz, zusammen und traf sich mit der Deutsch-Norwegischen Handelskammer. Außerdem besuchten die Abgeordneten unter anderem den norwegischen Verband für Elektroautos, die Leitung des Osloer Hafens sowie Vertreter der Color Line, die die tägliche Fähre von Kiel nach Oslo betreibt.

Innen- und Rechtsausschuss Bestattungsgesetz: Neue Wege für den letzten Gang

70 Prozent aller Toten werden in Schleswig-Holstein nicht mehr in einem Sarg bestattet, sondern verbrannt. Vor 20 Jahren war das Verhältnis noch umgekehrt. Die Beisetzungskultur wandelt sich – muss der Gesetzgeber mithalten? Die Piraten haben eine Reihe von Änderungen am Bestattungsgesetz vorgeschlagen. Hierüber diskutierte der Innen- und Rechtsausschuss Anfang September drei Stunden lang mit Experten.

Beisetzung im Privaten: Gehört die Urne auf den Kaminsims?

Die Piraten wollen es den Angehörigen ermöglichen, die Asche eines Verstorbenen zwei Jahre lang im häuslichen Umfeld aufzubewahren, etwa im Wohnzimmer oder im Garten. Voraussetzung: Der Tote hat zu Lebzeiten zugestimmt.

Claudia Bruweleit von der Evangelischen Nordkirche lehnte eine „Privatisierung“ der Trauer ab. Öffentliche Friedhöfe seien „Teil einer notwendigen Kultur im Umgang mit dem Tod“. Das sah Torsten Schmitt von der Initiative „Aeternitas“ ganz anders: „Niemand hat einen Rechtsanspruch auf Trauer am Grab“, entscheidend sei der Wille des Verstorbenen. Auch Pirat Patrick Breyer stellte fest: „Noch über den Tod hinaus bevormundet uns der Staat bei der Entscheidung über unsere Bestattung. Niemand braucht vor sich selbst geschützt zu werden.“ Der Grünen-Abgeordnete Detlef Matthiesen war skeptisch: „Die Hinterbliebenen tun sich keinen Gefallen, wenn sie einen Toten im Wohnzimmer haben. Der Abschied wird dadurch noch schwerer.“

Brauchen wir überhaupt einen festen Ort des Gedenkens?

Schon heute haben viele Tote keinen festen Platz auf dem Friedhof, keinen Grabstein mit einem Beet davor.



Traditionelle Erdgräber, wie auf diesem Kieler Friedhof, werden seltener.

Stattdessen gibt es anonyme Gräber, Seebestattungen oder Friedwälder. Die Piraten wollen nun das Verstreuen der Asche auf Friedhöfen ermöglichen. Mehr noch: Gemeinden, aber auch private Anbieter, sollen ebenfalls Streu-Flächen ausweisen können.

Für die Asche eines Toten gelte „die gleiche Sorgfaltspflicht wie für Lebende“, mahnte Karl Schiemann, Justiziar des katholischen Erzbistums Hamburg. Die Totenruhe sei rechtlich streng geschützt. Auch Kai Dolgner (SPD) wies auf das „Pietätsgefühl der Allgemeinheit“ hin. Es gebe kein „richtiges Trauern“, und Pietät sei ein „abstrakter Begriff“, hielt Bertram Wilken vom Verband unabhängiger Bestatter dagegen. Die Menschen legten auch im Tod Wert auf ihre „Individualität“.

Wie schnell muss ein Leichnam bestattet werden?

Frühestens 48 Stunden nach dem Ableben darf ein Leichnam nach derzeitigem Recht beerdigt oder verbrannt werden. Die Piraten wollen diese Frist streichen und den Toten unmittelbar nach der Leichenschau freigeben.

Damit würden sie den religiösen Vorstellungen von Muslimen und Juden entgegenkommen. Dort fordert die Tradition eine rasche Beerdigung. „Es sollte die Möglichkeit geben, den Körper so schnell wie möglich der Erde zuzuführen“, forderte Ibrahim Yazici

von der islamischen Religionsgemeinschaft „Schura“. Klaus-Peter Paulsen von der Be-statterinnung hielt eine kürzere Frist für wenig realistisch: Nach der Leichenschau seien noch diverse Verwaltungsgänge und die Ausstellung eines Bestattungsscheins nötig.

Auch der Tod ist nicht umsonst – was kostet das?

Die Nachkommen könnten erhebliche Kosten sparen, wenn sie auf eine feste Grabstelle, auf Sargträger oder auf einen Grabstein verzichten. Aber gerade das birgt Probleme.

„Viele alte Leute werden sich sagen: Ich will meinen Angehörigen nicht zur Last fallen“, vermutete Lars Harms vom SSW. Sie würden dann aus einem inneren Druck heraus die „Billig-Lösung“ wählen. Zudem „kommt eine Menge Arbeit auf die Kommunen zu“, befürchtete Petra Nicolaisen (CDU). Denn die „Beisetzungspflicht“ gelte weiter. Das Ordnungsamt müsse jede Privat-Urne im Blick behalten – ein Verwaltungsaufwand, der noch nicht zu beziffern sei. Auch die Friedhofsgebühren könnten steigen, wenn immer mehr letzte Ruhestätten anderswo eingerichtet würden, merkte Claudia Zempel von den Kommunalen Landesverbänden an. Steinmetz-Innungsmeister Wulf Helmert sah zudem viele Betriebe „in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet“, wenn „Grabdenkmäler“ aus der Mode kommen sollten.



Bernstein liegt im Trend – auch als Gastgeschenk: Der Landtag richtete im Juni 2016 das Parlamentsforum Südliche Ostsee aus und bekam dieses Bäumchen als Dankeschön von angereisten Parlamentariern aus Polen.



Zur Kieler Woche reisen traditionell viele Gäste aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Sport an. 1976 begrüßte der Landtag 20 Parlamentarier aus den Nachbarländern im Norden zum Kieler-Woche-Empfang. Aus den damaligen Tagen stammt dieses Mitbringsel. „Mit bestem Dank von der Schwedischen Parlamentarischen Delegation 19.6. – 22. 6. 1976“, lautet die Gravur.



Ein weiteres Präsent aus jüngerer Vergangenheit: Diesen Segensspruch zum Anhängen brachten Knesset-Abgeordnete im Juni aus Jerusalem mit nach Kiel. Die israelischen Parlamentarier informierten sich im Landeshaus über die Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland.



Im Büro des Landtagspräsidenten hat diese Glocke seit Juni 2011 einen festen Platz. Sie ist ein Dankeschön des Forschungsforums Schleswig-Holstein für die Ausrichtung des Bundeswettbewerbs „Jugend forscht“ im Kieler Landeshaus.



Die Besatzung der „Gorch Fock“ schenkte dem Landtag zu Weihnachten 2011 eine Pardune. Solch ein Tau hält Masten oder Stangen. Es soll den Rückhalt symbolisieren, den das Marineschiff durch den Landtag erfahren hat, nach dem tödlichen Unfall einer Kadettin 2008 und darüber hinaus. Das Landesparlament, das seit mehr als 30 Jahren Pate der Dreimastbark ist, hatte sich in einer Resolution zur „Gorch Fock“ als Segelschulschiff bekannt.

Im Laufe der Jahrzehnte hat der Landtag viele Geschenke erhalten – als Gastgeber, bei Delegationsreisen oder zu anderen Anlässen. Ein Teil davon wird in Vitrinen im Landeshaus ausgestellt.



Bullauge, Stern und ein Schiff

Kleine Aufmerksamkeiten für die

Kleine Geschenke erhalten sprichwörtlich die Kreise traditionell zum guten Ton. Der Schatz an Gastgeschenken im Fundus – darunter „klassische“ landestypische Gaben und Gegenstände von der Küste bis ins Hinterland. Eine Auswahl.



Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist Pate für einen Stern am Gewölbe-Himmel der Schweriner Schlosskirche. Das Stern-Zertifikat erhielten die Parlamentarier von ihren Kollegen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bei einer Delegationsreise. Das Schloss ist der Sitz des Landtages in Schwerin, die Schlosskirche wurde 2011 bis 2013 restauriert.



Der Präsident des westafrikanischen Inselstaates Kap Verde, Pedro Pires, besuchte Schleswig-Holstein im Oktober 2009. Dem Landtag brachte er einen Deko-Teller mit.



Dieses Unikat wurde aus Knochen von Ostsee-Fischen gefertigt. Das Schiffsmodell ist ein Geschenk des Sejmik von Westpommern. Der Kieler Landtag kooperiert seit 2004 mit dem Parlament der polnischen Wojewodschaft.

Häufig werden Embleme geschenkt – in diesem Fall die Wappen der Wojewodschaft Westpommern (links) und deren Hauptstadt Stettin. Die Besatzung des russischen Segelschiffs „Sedov“ schenkte ebenfalls ein Emblem bei einem Besuch im Landeshaus (rechts).



Extravagantes Präsent eines hochrangigen Staatsmannes: Palästinenser-Präsident Yassir Arafat empfing im Juni 1996 eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die zu politischen Gesprächen nach Israel und in den Gaza-Streifen gefahren war.



Die norddeutschen Landesparlamente pflegen intensive Kontakte und vertreten gemeinsame Interessen. Kleine Sticheleien unter den Hanseaten gibt es im Volksmund mit Blick auf ihre Wappen: Hamburg preist sich als Tor zur Welt, Bremen hat sprichwörtlich den Schlüssel dazu – und schenkte ein Exemplar dem Schleswig-Holsteinischen Landtag.



Auf Einladung des Volkskongresses der Provinz Zhejiang besuchte eine Landtagsdelegation im April 2002 die chinesische Partnerregion – und besichtigte den Container-Hafen Hongkong. Als Geschenk für Landtagspräsident Heinz-Werner Arens gab es ein Bullauge.



aus Knochen

n Landtag

e Freundschaft und gehören in politischen
eswig-Holsteinische Landtag hat etliche
sche“ Präsente und extravagante Unikate,
symbolischem Wert.



Nahverkehr I:

Eine App soll Verspätungen melden

Bus- und Bahnreisende laufen stets Gefahr, auf Bahnsteigen oder an Haltestellen unfreiwillige Pausen einzulegen – nämlich dann, wenn sich der Anschluss verzögert. Die Lösung: eine Mobilitäts-App. Per Smartphone erhält der Reisende Einblick in alle Fahrpläne und mögliche Verspätungen. Diese Idee der Piraten fand im Juli breite Unterstützung.

Zwar gibt es bereits Angebote wie bahn.de oder nah.sh. Allerdings sind dort nicht alle Verkehrsunternehmen und Strecken aufgeführt. Denn für den Busverkehr vergeben die Kreise die Aufträge an die Verkehrsbetriebe, für den Schienenverkehr sind das Land und die Bahnunternehmen zuständig, für Fähren die Reedereien. Eine Vernetzung ist selten. Daher fordern die Piraten, die Mobilitätsdaten des Öffentlichen Personennahverkehrs in Schleswig-Holstein komplett freizugeben.

In eine kostenlose App sollen die Betriebe ihre Verbindungen und Verspätungen einspeisen – ohne Lizenzgebühren, maschinenlesbar, schnell und ohne verpflichtende Anmeldung mit Personendaten. Die App soll über das Ortungssystem GPS den Standort des Nutzers erkennen und ihm bei Bedarf Verbindungen und mögliche Zeitverzögerungen aufzeigen. Hier gebe es Nachholbedarf, klagte Uli König (Piraten): „Fahrplandaten werden derzeit von den Verkehrsunternehmen als Betriebsgeheimnis gewertet.“

Bei den anderen Fraktionen und der Landesregierung fand der Vorstoß breite Unterstützung. Sein Ministerium arbeite bereits an einem entsprechenden Projekt, teilte Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) mit. Zehn Millionen Euro stünden dafür zur Verfügung. Ziel sei es, die Bürger in Schleswig-Holstein über alle Verspätungen und Ausfälle von Bahnen und Bussen „in Echtzeit“ zu informieren. Dafür müssten allerdings die Kreise und kreisfreien Städte noch „überzeugt“ werden. „Wir können sie nicht dazu zwingen, die Daten freizugeben“, betonte der Minister. Viele Verträge liefen außerdem über einen langen Zeitraum. Erst bei Neuverhandlungen stehe das Thema dann zur Diskussion. Er glaube dennoch, dass es gelingen werde, in den nächsten Jahren die Lage zu verbessern, sagte Meyer. Der Wirtschaftsausschuss befasst sich weiter damit.

Nahverkehr II:

Ziel: ein Nord-Tarif von Husum bis zum Harz

In Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen soll ein gemeinsamer Nord-Tarif für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gelten. Das hat der Landtag im Juli einstimmig angemahnt. Allerdings: Die Opposition hält die Pläne allerdings für Zukunftsmusik. Zunächst müsse der Kreis Steinburg dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) beitreten dürfen.

Piraten, CDU und FDP unterstützen die Kommunalpolitiker im Itzehoer Kreistag, die mit einem HVV-Beitritt dichter an Hamburg heranrücken wollen. Der Beitritt des Kreises sei „logisch“, merkte Uli König (Piraten) an – nicht nur für Steinburger, die nach Hamburg wollen, sondern auch für Hamburger: „Steinburg ist ja durchaus touristisch interessant.“ Hans-Jörn Arp (CDU) verwies auf 8.000 Pendler, die täglich aus Steinburg nach Hamburg unterwegs seien. Denen sei nicht mit der vagen Aussicht auf einen Nord-Tarif geholfen.

Ein Knackpunkt: die Kosten von rund 1,8 Millionen Euro pro Jahr, die das Land nach Hamburg überweisen müsste. Das Geld sei aber da, befand Oliver Kumbartzky (FDP). Schließlich zahle der Bund bis 2031 insgesamt 30 Millionen Euro zusätzlich an sogenannten Regionalisierungsmitteln in den Landeshaushalt.

Ein Vorteil des HVV sind die günstigen Fahrpreise. Die Hansestadt subventioniert ihren Nahverkehr kräftig, die Tickets sind um 30 Prozent billiger als in Schleswig-Holstein. Auch die unmittelbaren Anrainer-Kreise Lauenburg, Stormarn, Segeberg und Pinneberg profitieren bereits vom Hamburger Tarif.

Die Koalition blieb dennoch skeptisch. Ein Beitritt bringe keinen einzigen zusätzlichen Haltepunkt und keine Qualitätssteigerung im ÖPNV, hielt Kai Vogel (SPD) dagegen. Außerdem könne man nicht einem Kreis die Mitgliedschaft genehmigen, anderen Interessenten wie Dithmarschen, Neumünster und Lübeck aber eine Absage erteilen.

Andreas Tietze (Grüne) strich heraus, dass ein Nord-Verbund auch für die preisgünstige Hansestadt Vorteile brächte: „Vielleicht könnte der Hamburger dann ja günstig nach Sylt fahren.“ Laut Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) hat es bereits „informelle Gespräche“ mit Hamburg und Hannover gegeben, jetzt stehe der offizielle Verhandlungsbeginn an.

Gewalt gegen Polizisten: Debatte um härtere Strafen

Jedes Jahr werden in Schleswig-Holstein mehr als 1.000 Polizisten im Dienst tätlich angegriffen. Mehrere Hundert Ordnungshüter erleiden dabei Verletzungen. Nachdem am letzten Juli-Wochenende eine Reihe von Attacken für Schlagzeilen sorgte, fordert die CDU nun konkrete Schritte. Die Christdemokraten wollen das Strafrecht verschärfen. Alle anderen Fraktionen reagierten allerdings skeptisch.



Der Staat müsse „ein Zeichen setzen“, forderte Axel Bernstein (CDU). Mittlerweile werde nahezu jeden Tag ein Beamter zum Opfer. Schleswig-Holstein müsse im Bundesrat die Initiative Hessens und des Saarlands unterstützen. Die beiden Länder fordern einen eigenen Straftatbestand für tätliche Angriffe gegen Polizisten, Sanitäter, Rettungskräfte und Feuerwehrleute. Der geplante „Schutzparagraf 112“ sieht eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren vor – in besonders schweren Fällen sogar bis zu zehn Jahre. Der Gesetzentwurf ruht jedoch seit Mai 2015 in den Ausschüssen der Länderkammer.

SPD, Grüne, FDP, Piraten und SSW zeigten sich ebenfalls besorgt über die Gewaltmeldungen der jüngsten Zeit. Es gebe einen

„Wertewandel in Teilen der Gesellschaft“, stellte Lars Harms (SSW) fest – verbunden mit „einer zunehmenden Bereitschaft, Konflikte mit Gewalt zu lösen“. Die vorhandenen Paragrafen seien allerdings ausreichend, merkte Simone Lange (SPD) an: Es gebe bereits einen Straftatbestand „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“. Wissenschaftlich sei es „ohne Zweifel, dass härtere Strafen im Bereich der Gewaltkriminalität nahezu keine abschreckenden Wirkungen haben“, sagte Burkhard Peters (Grüne). Patrick Breyer (Piraten) warf der CDU „Symbolpolitik“ vor, „die nicht weiterhilft“.

Die Koalition hat einen eigenen Antrag vorgelegt, in dem unter anderem ein besseres „Einsatztraining“ und „erhebliche

Verbesserungen“ bei der Ausrüstung der Beamten angeregt werden. Das Thema wird nun im Innen- und Rechtsausschuss beraten.

Ein Wochenende im Juli:

Ende Juli attackierte ein 20-Jähriger im Kieler Stadtteil Gaarden einen Polizisten mit Schlägen ins Gesicht. Der Beamte erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma sowie Brüche an Nase, Augenhöhle und Jochbein. Am selben Wochenende wurden Polizisten in einer Wohnung in Neumünster angegriffen, in Barsbüttel rammte ein Autofahrer einen Polizeiwagen, um sich einer Kontrolle zu entziehen, und in Bad Segeberg erlitt ein Polizist Verletzungen, als er alkoholisierte Randalierer vom Gelände einer Diskothek verweisen wollte.

Brauchen wir einen Schutzparagrafen für Polizisten?

Ja!

... sagt Axel Bernstein (CDU): „Nicht nur die Schwere solcher Angriffe, sondern auch deren Häufigkeit nimmt zu.“ Es gehe um den Respekt gegenüber Polizeibeamten, Rettungskräften und „anderen, die im Dienste unserer Gesellschaft tätig werden“. Wer diese Menschen angreife, müsse „mit einer härteren Strafe als in der Vergangenheit rechnen.“



Nein!

... sagt Ekkehard Klug (FDP). Solch ein Extra-Paragraf hätte eine „Ungleichbehandlung“ zur Folge. Der Schlag ins Gesicht eines „normalen“ Bürgers werde in der Regel bei Ersttätern mit einer Geldstrafe geahndet. „Das bloße Ausholen zum Schlag gegen einen Polizeibeamten“ hätte bei einer Gesetzesverschärfung dagegen eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten zur Folge. Das sei „unverhältnismäßig“



Vielleicht!

... sagt Innenminister Stefan Studt (SPD). In diesem Jahr sei ein Gewalt-Anstieg von 31 Prozent zu verzeichnen. „Offenbar brauchen wir doch noch irgendeinen anderen Impuls“, um diesen Trend aufzuhalten. Er wolle es sich „noch einmal ansehen“, ob die bestehenden Paragrafen ausreichen. „Ich frage mich immer wieder, ob wir hier schon wirklich alles getan haben“, so Studt.



Auftakt zur Veranstaltungsreihe

Parteien in der Vertrauens- krise

Ohne Parteien ist die westliche Demokratie kaum vorstellbar. Sie besetzen Themen, einigen sich auf gemeinsame Positionen und nominieren Kandidaten für öffentliche Ämter. Parteien sind die Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Staat. Aber: Immer mehr Bürger wenden sich ab, das Vertrauen und die Mitgliederzahlen sinken. Wie steht es um „die Zukunft der Parteidemokratie“? Unter diesem Titel diskutierten Mitte September rund 200 Gäste mit Experten und untereinander. Geladen hatten der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, sowie sechs parteinahe Bildungsträger. Die Veranstaltung im Landeshaus bildete den Auftakt zu einer Reihe von Themenabenden im ganzen Land.

Standpunkt 1:

„Die Parteien haben sich zu weit von den Menschen entfernt“,

klagt Gregor Hackmack. Der Gründer der Plattform abgeordnetenwatch.de findet: „Die Mehrheiten in den Parlamenten bilden nicht mehr die Mehrheiten in der Bevölkerung ab.“ Beispiele seien das Freihandelsabkommen CETA oder die Energiegewinnung mittels Fracking. Beides werde in der Politik unterstützt – trotz breiter Ablehnung in der Gesellschaft. Hackmacks Ansatz: direkte Demokratie. Die Parteien müssten „die Lösungsexpertise aus der Gesellschaft aufnehmen“ und auf Volksentscheide oder Online-Petitionen hören. Das erhöhe die Identifikation mit dem politischen System: „Wenn Sie etwas entscheiden dürfen, dann interessieren Sie sich auch dafür. Wenn jemand anderes entscheidet, dann verlieren Sie das Interesse.“ An die Parteien appelliert Hackmack: „Tut das, was die Bürger von Euch erwarten, dann überlebt Ihr.“



Standpunkt 2:

„Die Parteien müssen lernen, in die Wählerschaft hineinzufühlen“,

mahnt Nico Lange von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Gesellschaft verändere sich „mit großer Geschwindigkeit“, die Lebensentwürfe würden immer individueller. Demgegenüber seien viele Angebote der Parteien, etwa abendliche Sitzungen im Gasthaus, „immer noch wie in den 50er-Jahren“. Es gelte, zu „experimentieren“ und „neue Formate“ der Mitarbeit zu entwickeln. Allerdings gebe es derzeit ein schwieriges Umfeld. Auf dem „neuen Markt der Politik“, insbesondere im Internet, werde gelogen und beleidigt. Langes Ansatz: Die Politik dürfe „nicht vom hohen Sockel aus die Wähler beschimpfen“, sondern müsse klar benennen, „was Fakt ist und was Mythos“. Etwa bei CETA und TTIP: „Da wird so viel gesagt, was falsch ist.“ Die Parteidemokratie ist für Lange „bewahrenswert“. Sie habe über Jahrzehnte Stabilität und Wohlstand gesichert.

Standpunkt 3:

„Die Parteien sind nicht gut darin, neue Mitglieder aufzunehmen“,

so einer der 200 Gäste im Plenarsaal. Weitere Stimmen aus der Diskussion: „Als ich einmal in eine Partei eintreten wollte, hatten offenbar viele Angst, ich würde ihnen den Posten wegnehmen“ ... „Es gibt nichts Schöneres als politisch etwas zu bewegen und mit seiner

Partei ein Thema nach vorne zu bringen“ ... „Die Menschen engagieren sich, wenn sie schnellen Erfolg erleben. Das ist in Parteien oft nicht der Fall.“ ... „Es gibt heutzutage geradezu eine Protestideologie gegen die Parteien.“ ... „Das politische System lebt: Man kann aus dem Nichts eine Partei gründen und ins Parlament einziehen. Siehe die Piraten.“ ... „Parteien werden immer schwerer zu unterscheiden.“ ... „Ohne Parteien würde ein zentraler Baustein unserer Demokratie fehlen.“

Die weiteren Termine:

„Soziale Medien – Fluch oder Segen für die Demokratie?!“, 26. Oktober, Jugendring Lübeck

„Der Wahlerfolg der AfD und seine Folgen für die deutsche Parteienlandschaft“, 31. Oktober, Hermann-Ehlers-Akademie Kiel

„Direkte Demokratie – pro und kontra“, 2. November, Volkshochschule Elmshorn

„Die Partei 2025 – Impulse für zukunftsfähige Parteien“, 17. November, Kreishaus Heide und 18. November, Husumhus, Husum

„Die politischen Parteien und die lokale Demokratie“, 18. November, Dansk Centralbibliothek, Flensburg

„Parteien ohne Mitglieder – Krise oder Chance?“, 24. November, Hermann-Ehlers-Akademie Kiel

Nähere Informationen zum Thema und zur Anmeldung stehen auf den Websites der örtlichen Veranstalter.

„Auch Schleswig-Holstein war im Visier der Stasi“

Gespräch mit Roland Jahn

„Feind ist, wer anders denkt“ – unter diesem Titel hat eine Ausstellung im Landeshaus die Staatssicherheit der DDR beleuchtet. Die Berliner Stasi-Unterlagenbehörde zeigt mit ihren Dokumenten und Schautafeln, wie das System aus Misstrauen, Kontrolle und Unterdrückung funktioniert hat. Zur Eröffnung Anfang September kam der Leiter der Unterlagenbehörde, Roland Jahn, nach Kiel. Die Landtagszeitschrift sprach mit ihm.

Herr Jahn, die Stasi-Unterlagenbehörde musste 1990 erkämpft werden. Es gab Kräfte, im Osten wie im Westen, die sagten: Schwamm drüber. Hat sich die Mühe gelohnt?

Die Sicherung und Nutzung der Stasi-Akten ist ein Symbol geworden für die friedliche Revolution, aber auch für die Aufklärung über Diktatur. Insofern kann ich sagen: Es war ein guter und richtiger Weg, der auch international Anerkennung gebracht hat.

Provokant gesagt: Die Auswertung der Unterlagen teilt die Menschen in Täter und Opfer. Ist das nicht zu einfach?

Im Gegenteil! Die Einsicht in die Akten macht Differenzierung erst möglich. Mit Hilfe der Akten können wir darüber aufklären, wie und warum sich jemand mit der Stasi eingelassen hat. Zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gehört natürlich auch das Gespräch mit den Menschen, die für die Stasi tätig waren.

Heißt das, Sie bringen durchaus Verständnis auf für jemanden, der sich bereit erklärt hat, für die Stasi zu arbeiten?

Es geht doch nicht darum, Stempel zu verteilen: Hier ist jemand Inoffizieller Mitarbeiter gewesen. Sondern es geht darum, zu begreifen, wie er dazu gekommen ist. Das nimmt ihn nicht aus seiner Verantwortung. Natürlich ist jeder für das, was er tut, verantwortlich. Aber die Aufarbeitung fängt ja erst an mit der Frage, wie ist er dazu gekommen, warum hat er das gemacht?

Die Stasi war auch im Westen aktiv – in welcher Größenordnung?

Einige tausend Stasi-Agenten sind im Westen unterwegs gewesen. Die Stasi hat den Westen zu einem „Operationsgebiet“ erklärt. Ziel war die Informationsbeschaffung, aber man wollte auch einwirken auf Politik

und Wirtschaft. Die Stasi wollte Vorteile im „Wettkampf der Systeme“ erreichen und die „Überlegenheit des Sozialismus“ unter Beweis stellen. Wie wir wissen, sind sie daran gescheitert.

Haben Sie Erkenntnisse über Stasi-Aktivitäten in Schleswig-Holstein?

Auch Schleswig-Holstein war im Visier der Stasi. Zum Beispiel wurden die Reisen von schleswig-holsteinischen Politikern in die DDR minutiös überwacht. Das ging so weit, dass die Hotelzimmer von der Stasi verteilt wurden. Da wurde nichts dem Zufall überlassen, um die Spitzel möglichst gut einsetzen zu können. Aber es wurde auch in Schleswig-Holstein spioniert, zum Beispiel in der Wirtschaft, um Produkte abzukupfern oder an Universitäten, um Know-how zu stehlen.

Die DDR scheint in der öffentlichen Erinnerung zu verblassen oder von anderen historischen Ereignissen verdeckt zu werden. Wie erklären Sie einem heute 20-Jährigen, was die große Fehlleistung der DDR war?

Das Grundübel war, dass keine demokratischen Verhältnisse geherrscht haben. Eine Partei hat es sich heraus genommen, ihre führende Rolle bis in die Verfassung hinein



festzulegen. Und sie hat eine Geheimpolizei, die Staatssicherheit, genutzt, um diese Macht zu sichern. Wer auf dieser Grundlage einen Staat etabliert, wird am Ende Schiffbruch erleiden. Noch dazu, wenn er versucht, Menschen, die das kritisieren, einzusperren. Es war zwangsläufig, dass die Menschen sich irgendwann mit dieser Situation nicht mehr zufrieden geben, dass sie die Mauer einreißen und Freiheit und Demokratie erringen.

Sie sind bei der Maikundgebung 1977 in Jena mit einem leeren weißen Plakat mitmarschiert, um gegen Zensur in der DDR zu demonstrieren – ein einzelner Protestierer unter tausenden Mitläufern. Was haben Sie sich davon erhofft?

Es war der Versuch, ein Zeichen zu setzen – und zwar so, dass man nicht gleich weggefangen wird. Das sollte ein Denkanstoß sein, besonders für meine Kommilitonen an der Universität. Es war ein Protest gegen meinen Rauswurf von der Uni. Für Menschen- und Bürgerrechte muss man sich einsetzen, damals wie heute.

Interview: Karsten Blaas

Zur Person:

Roland Jahn, Jahrgang 1953, studierte in seiner Heimatstadt Jena Wirtschaftswissenschaften, bis er 1977 wegen Protesten gegen die SED von der Uni verwiesen wurde. Nach weiteren Aktionen gegen das Regime wurde er 1983 zwangsausgebürgert. Er arbeitete fortan in West-Berlin als Journalist, etwa für die „Tageszeitung“ und das ARD-Magazin „Kontraste“. 1991 ging er zum heutigen Rundfunk Berlin-Brandenburg. 2011 wählte ihn der Bundestag mit großer Mehrheit als Nachfolger von Marianne Birthler zum Chef der Stasi-Unterlagenbehörde.

Ostseeparlamentarierkonferenz fordert gemeinsamen Arbeitsmarkt

Die Regionen rund um die Ostsee sollen auf dem Gebiet der Arbeitsmarkt- und der Bildungspolitik enger zusammenarbeiten. Das fordern die rund 200 Teilnehmer der Ostseeparlamentarierkonferenz, die Ende August für drei Tage in der lettischen Hauptstadt Riga zusammenkamen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag war mit sechs Abgeordneten aus allen Fraktionen vertreten.

In ihrer Abschlussresolution rufen die Parlamentarier die Regierungen und die EU zum Handeln auf. Ziel ist ein gemeinsamer Arbeitsmarkt rund um das baltische Meer.

So sollen die Schul-, Studien- und Berufsabschlüsse in den Anrainerländern angeglichen werden. Die Staaten sollen akademische und berufliche Qualifikationen grenzübergreifend anerkennen. Zudem sollen die nationalen und regionalen Verantwortungsträger die Mobilität der Arbeitnehmer in Grenzregionen verbessern und die Abwanderung gut ausgebildeter Menschen bekämpfen. Damit stemmen sich die Ostseepolitiker gegen einen Trend, der vor allem den baltischen Staaten und Polen zu schaffen macht: Junge Fachkräfte finden in ihrer Heimat keine Arbeit und ziehen in reichere Regionen.

Die schleswig-holsteinische Delegation zeigte sich erfreut, dass das Thema Jugendaustausch bei der Konferenz eine wichtige Rolle spielte.



„Wir werden dafür werben, dass unser bereits zum dritten Mal stattfindendes Kieler Ostseejugendforum ein geeignetes Format für eine Jugendbegegnung rund um die Ostsee ist“, so die einhellige Meinung. Die Delegation bestand aus den Abgeordneten Rainer Wiegard (CDU), Regina Poersch (SPD), Bernd Voß (Grüne), Ekkehard Klug (FDP), Angelika Beer (Piraten) und Jette Waldinger-Thiering (SSW).

Die 1991 eingerichtete Konferenz feierte zudem das silberne Jubiläum: Die Ostseeparlamentarier trafen sich zum 25. Mal. Die Teilnehmer kommen aus elf nationalen und weiteren regionalen Parlamenten. Die Konferenz ist eine Plattform für den parlamentarischen Dialog, die Arbeit im Jahresverlauf wird von einem ständigen Ausschuss wahrgenommen. Das nächste Treffen ist für 2017 in Hamburg geplant.

Von der Norla bis Nordstrand: der Landtag unterwegs



Auf der Landwirtschaftsmesse Norla in Rendsburg präsentierte sich der Landtag Anfang September mit seinem neuen Info-Stand und lud die Messe-Besucher zu Gesprächen ein. Neben Abgeordneten informierten auch Mitarbeiter des Landtages, der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten sowie der Landesbeauftragte für politische Bildung über die parlamentarische Arbeit. Bei einem Quiz lockten zahlreiche kleine Preise. Insgesamt freuten sich die Norla-Organisatoren in diesem Jahr über rund 70.000 Gäste. 569 Aussteller nahmen teil.

Der FC Landtag traf Anfang September auf das Nordfriesland-Oldie-Star-Team, um gemeinsam Spenden für den Kirchenbauverein Odenbüll zu sammeln. Ergebnis: ein vierstelliger Betrag für den Erhalt der über 900 Jahre alten Sankt-Vinzenz-Kirche auf Nordstrand. Im Spiel waren die Nordfriesen deutlich überlegen und siegten mit 9:2. Für den FC Landtag waren neben Mannschaftskapitän Christopher Vogt (FDP) auch die Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP) und Sven Krumbek (Piraten) sowie Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) und Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack am Start.



Mehr Ärzte und mehr Ampeln: Altenparlament gibt Anstöße

Dialog und Mitsprache: Dafür steht das Altenparlament. Bereits seit 1989 kommen einmal im Jahr etwa 80 Senioren im Landeshaus zusammen, um gemeinsam ihre Forderungen an die Landespolitik zu formulieren und um mit Abgeordneten zu diskutieren. Die Delegierten werden von Seniorenbeiräten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und den im Landtag vertretenen Parteien nominiert. Rund 70 Anträge beschloss das diesjährige Altenparlament Mitte September: So soll es flächendeckend ausreichend Ärzte und Pflegekräfte geben – durch mehr Studienplätze und eine attraktivere

Ausbildung. Im Straßenverkehr fordern die Altenparlamentarier mehr Ampeln, Laternen und Zebrastreifen. Bankgeschäfte und Steuererklärungen sollen auch weiterhin auf Papier erledigt werden können, und nicht nur per Internet. Und: Kfz-Versicherungen sollen keine Zusatzbeiträge von älteren Autofahrern mehr kassieren dürfen. Die Fraktionen, die Ministerien sowie die schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten nehmen jetzt zu den Beschlüssen Stellung.

Alle Beschlüsse und mehr Informationen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Service“.

Mit Ideen und Selbstbewusstsein Vier Altenparlamentarier im Gespräch



Holger Groteguth, 68 Jahre, kommt aus Schleswig und vertritt den DGB. Er ist zum zweiten Mal dabei.

Was ist Ihr wichtigstes persönliches Anliegen?

„Mir ist die Digitalisierung wichtig. Es sollte in diesem Bereich mehr Bildungsangebote für Senioren geben. Ich bin der Meinung, dass beispielsweise Geldautomaten seniorenge-rechter sein könnten.“

Fühlen Sie sich von den „echten“ Politikern ernst genommen?

„Ich fühle mich ernst genommen, das Altenparlament ist eine gute Einrichtung. Man muss allerdings bedenken, dass wir mit der Umsetzung der Forderungen nichts zu tun haben. Solche Dinge wie den Haushalt können wir ja getrost außer Acht lassen, das ist dann Angelegenheit des Landtages.“



Dagmar Ungethüm-Ancker, 58 Jahre, kommt aus Kappeln und vertritt den Landessportverband. Sie ist zum ersten Mal dabei.

Was ist Ihr wichtigstes persönliches Anliegen?

„Der Sport ist zurzeit eine freiwillige Leistung in der Gemeindeordnung und wird in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich behandelt. Mein persönlicher Wunsch wäre, dass Sport als pflichtige Aufgabe in der Gemeindeordnung verankert wird. Das wäre gerade für die Senioren wichtig, damit sie durch Bewegung selbstbewusst und selbstentscheidend alt werden können.“

Fühlen Sie sich von den „echten“ Politikern ernst genommen?

„Generell fühle ich mich ernst genommen, aber ich möchte auch gerne an den Entscheidungen beteiligt werden.“



Maria Andresen, 65 Jahre, kommt aus Westerland auf Sylt und vertritt die Senioren von Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist zum ersten Mal dabei.

Was ist Ihr wichtigstes persönliches Anliegen?

„Bei jeder Straßenbaumaßnahme muss beachtet werden: Was bedeutet das für einen 70-Jährigen, der eventuell einen Rollator hat oder sehbehindert ist? Es gibt immer noch zu viele schiefe Ebenen und hohe Bordsteine.“

Fühlen Sie sich von den „echten“ Politikern ernst genommen?

„Ich befürchte, das Altenparlament ist eine Schaufensterveranstaltung wie etwa die Jugendparlamente in den Kreisen. Die Parteien müssen die Vorschläge des Altenparlaments aufgreifen, ansonsten wird nichts daraus. Nötig wäre eine Evaluation, wie die Beschlüsse umgesetzt werden.“



Bernhard Bröer, 80 Jahre, kommt aus Kiel und vertritt den Landesseniorenrat. Er ist zum 14. Mal dabei.

Was ist Ihr wichtigstes persönliches Anliegen?

„Soziale Ausgewogenheit. Das betrifft nicht nur die Einkommensverhältnisse, sondern das heißt auch Beseitigung von Barrieren – zum Beispiel im Wohnungsbau. Etwa durch breite Türen, damit ein Rollstuhlfahrer durchkommt oder auch eine junge Mutter mit Kinderwagen.“

Fühlen Sie sich von den „echten“ Politikern ernst genommen?

„Ja, durchaus. Nun kenne ich aber auch viele Politiker persönlich, mit vielen duze ich mich. Es gibt ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis, und man hört einander zu. Man darf einen Politiker nicht als Fremdkörper betrachten, als ‚einen von da oben‘. Das ist einer von uns, denn er ist ja von uns gewählt.“

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.
Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen,
dem Lesen und dem Verstehen.
Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.
Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln
für Leichte Sprache zu schreiben.



Wie arbeitet der Land-Tag?

Ein neues Heft erklärt das.

**Was ist der Land-Tag?
Was machen die Politiker im
Land-Tag?
Wer wählt sie?
Ein neues Heft in Leichter Sprache
gibt Antworten.**

**In dem Heft steht, wer im Land-Tag
ist:**

Der Land-Tag von Schleswig-Holstein ist
eine Gruppe von Politikern.
Sie werden gewählt.
Und zwar von den Menschen in
Schleswig-Holstein.

„Abgeordnete“ ist ein anderes Wort
für die Politiker im Land-Tag.
Davon gibt es 69.

**In dem Heft steht auch, welche
Aufgaben die Abgeordneten haben:**

Ihre Aufgabe ist:
Sie machen Politik für die Menschen in
Schleswig-Holstein.

Sie machen Gesetze.
Und zwar in bestimmten Bereichen.

Zum Beispiel:

- Schule
- Polizei
- Wofür soll das Land
Geld ausgeben

Eine wichtige Aufgabe vom Land-Tag ist:
Er kontrolliert die Arbeit von der
Regierung von Schleswig-Holstein.

Das heißt: Er passt auf, dass sie ihre Arbeit
ordentlich macht.

Das macht er so:
Er kann Mitglieder von der Regierung zu
Treffen einladen.

Die müssen dann kommen.
Die Landes-Regierung muss den Land-Tag
über wichtige Projekte informieren.
Zum Beispiel über neue Gesetze, die
geplant sind.
Die Abgeordneten dürfen der Regierung
auch Fragen stellen.
Die muss die Fragen dann beantworten.

**In dem Heft steht auch, wie man den
Land-Tag wählt:**

Das Wahl-Gesetz sagt, wie die Wähler
bei Land-Tags-Wahlen die Abgeordneten
bestimmen.

Bei der Land-Tags-Wahl darf jeder Bürger
zwei Kreuze auf dem Wahl-Zettel machen.

Mit dem ersten Kreuz wählt man den
Kandidaten von einem Wahl-Kreis in den
Land-Tag.

Mit dem zweiten Kreuz bestimmen die
Wähler, wie viele Abgeordnete eine Partei
insgesamt in den Land-Tag schicken darf.

**In dem Heft steht auch, wo der
Land-Tag arbeitet:**

Im Landes-Haus in Kiel gibt es einen
großen Raum.
Er heißt Plenar-Saal.
Dort treffen sich alle Politiker
vom Land-Tag.

Jeder Politiker hat einen festen Sitz-Platz.
Politiker, die zu einer Partei gehören,
sitzen zusammen.

Im Plenar-Saal sprechen die Politiker
dann über wichtige Themen.
Manche Abgeordnete halten Reden.
Darin sagen sie ihre Meinung
zu bestimmten Themen.



**Das Heft hat 80 Seiten. Man kann es
kostenlos beim Land-Tag bestellen:
bestellungen@landtag.ltsh.de**

Lars Winter, SPD-Abgeordneter aus Beschendorf, ist Mitte Juli zum Bürgermeister der Stadt Plön gewählt worden. Er erhielt in der Stichwahl 59,3 Prozent der Stimmen. Winter tritt sein neues Amt am 1. März 2017 an. Seine Nachfolgerin im Parlament wird voraussichtlich die nächstfolgende Kandidatin auf der SPD-Landesliste, **Johanna Skalski** aus Elmshorn.



Johannes Kulms berichtet seit 1. Juli für Deutschlandfunk und Deutschlandradio aus dem Landeshaus. Der gebürtige Hamburger hat Politikwissenschaft studiert und unter anderem für die Berliner „Tageszeitung“ gearbeitet.



Yvonne Windel hat am 1. September ihr zweijähriges Volontariat im Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement des Landtages begonnen, zu dem auch die Landtagszeitschrift gehört. Die gebürtige Rendsburgerin hat Politik und Anglistik in Rostock und Kiel studiert. Sie war bereits für die Bundeszentrale für politische Bildung und die Kieler Staatskanzlei tätig.

Runde Geburtstage

Rosemarie Fleck aus Kiel, von 1967 bis 1975 für die SPD im Landtag, hat am 5. September ihren 95. Geburtstag gefeiert.

Joachim Behm aus Bad Bramstedt, von 2000 bis 2005 für die FDP im Landtag, hat am 10. Juli seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Jens-Uwe Dankert aus Eutin, von 2009 bis 2012 für die FDP im Landtag, hat am 27. April seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Manfred Sickmann aus Dithmarschen, inzwischen wohnhaft in Schwerin, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 14. Juli seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Ruth Springer aus Kiel, inzwischen wohnhaft in Fröndenberg/NRW, von 1983 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 23. Juli ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Angelika Volquartz aus Kiel, von 1992 bis 1998 für die CDU im Landtag, anschließend Bundestagsabgeordnete und Kieler Oberbürgermeisterin, hat am 2. September ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Nachrufe



Trauer um Marliese Alfken

In der Juli-Sitzung gedachte der Landtag der ehemaligen Abgeordneten Marliese Alfken, die am 12. Juli im Alter von 82 Jahren verstorben ist.

Aus dem Stormaner Kreistag kommend zog die Sozialdemokratin 1988 in den Landtag ein. Dort wirkte die in Goslar geborene Fremdsprachenkorrespondentin mit einer kurzen Unterbrechung bis 1996. „Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landtag blieb Marliese Alfken eine hoch engagierte Frau, die sich von klaren Werten leiten ließ, die Position bezog und sich vor allem vor Ort für andere stark machte“, erinnerte Landtagspräsident Klaus Schlie an die Verstorbene, die ihre Heimat in Barsbüttel hatte.

Gedenken an Walter Scheel

Der Landtag hat zu Beginn seiner September-Tagung des früheren Bundespräsidenten Walter Scheel gedacht.



Scheel, von 1974 bis 1979 Staatsoberhaupt, war am 24. August im Alter von 97 Jahren verstorben. „In seiner Zeit als Bundespräsident, aber auch davor als Bundesminister und als Vorsitzender der Liberalen, hat Walter Scheel die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland wie nur wenige andere geprägt“, unterstrich Landtagspräsident Klaus Schlie. Scheel sei „überzeugter Europäer“ und „liberaler Visionär“ gewesen. Als „tragende Säule der Ostpolitik“ habe Walter Scheel „einen der Grundsteine der deutschen Einheit gelegt“.



Blickpunkt Wahljahr 2017

Sie kandidieren erneut:

Ministerpräsident **Torsten Albig** tritt für die SPD im Wahlkreis Kiel-Nord an. +++ In Kiel-Ost bewirbt sich erneut Landtagsvizepräsident **Bernd Heinemann** für die Sozialdemokraten. +++ Fraktionschef **Ralf Stegner** strebt das Direktmandat in Rendsburg-Ost für die SPD an. +++ **Tobias von Pein** ist SPD-Bewerber im Wahlkreis Stormarn-Mitte. +++ **Katrin Fedrowitz** geht für die Sozialdemokraten in Norderstedt ins Rennen. +++ In Eckernförde tritt erneut **Serpil Midyatli** für die SPD an. +++ **Martin Habersaat** will sein Direktmandat in Stormarn-Süd für die SPD verteidigen. +++ Im Wahlkreis Rendsburg bewirbt sich erneut **Kai Dolgner** für die SPD. +++ **Kirsten Eickhoff-Weber** will ihren Sieg im Wahlkreis Neumünster für die Sozialdemokraten wiederholen. +++ Die SPD-Kandidatin im Elmshorn heißt erneut **Beate Raudies**. +++ **Oliver Kumbartzky** geht für die FDP in Dithmarschen-Süd auf Stimmenfang. +++ **Christopher Vogt** bewirbt sich für die Liberalen in Lauenburg-Nord. +++ **Lars Harms** ist Spitzenkandidat des SSW. Ein Parteitag wählte ihn Ende September mit großer Mehrheit. Harms tritt im Wahlkreis Nordfriesland-Süd an. Auf den nächsten Listenplätzen folgen **Jette Waldinger-Thiering** (Wahlkreis Eckernförde) und **Flemming Meyer** (Flensburg-Land).

Sie kandidiert nicht mehr:

Astrid Damerow, CDU-Abgeordnete aus Karlum (Nordfriesland), will in den Bundestag wechseln. Die Unternehmensberaterin setzte sich Mitte September in Husum bei der Nominierung des christdemokratischen Kandidaten für den Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen-Nord deutlich durch. In Damerows bisherigem Landtagswahlkreis Südtondern bewirbt sich der CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat **Ingbert Liebing**.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-110 und 0431/988-111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Wenn das Volk (mit)entscheidet – Wechselbeziehungen und Konfliktlinien zwischen direkter und indirekter Demokratie als Herausforderung für die Rechtsordnung. Von Prof. Dr. Mario Martini. Berlin: Duncker & Humblot 2011. 155 S.

Die Forderung nach einer größeren direkten Mitbestimmung durch das Volk wurde in den vergangenen Jahren immer lauter. Würde diesem Wunsch gesetzlich entsprochen, träfen zwei rivalisierende Willensbildungssysteme verstärkt aufeinander. Der Rechtswissenschaftler Mario Martini beschreibt vor diesem Hintergrund, in welchem Rahmen sich plebiszitäre Elemente in der deutschen und europäischen Verfassungsordnung bereits entfalten können.

Er widmet sich dem Spannungsverhältnis zwischen Volks- und Parlamentsgesetzgebung und entwickelt Lösungswege zur Entschärfung der Konfliktlagen.



Wake up! Aufbruch in eine ausgeschlafene Gesellschaft. Von Dr. Peter Spork. München: Hanser 2014. 248 S.

Am 30. Oktober werden die Uhren wieder auf Winterzeit umgestellt! Der Neurobiologe Peter Spork, ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Chronobiologie, gibt in diesem Werk wichtige Denkanstöße zu unserem Umgang mit der Zeit. Ob Sommerzeit, Schichtarbeit, finstere Büros oder viel zu früher Schulbeginn, wir leben gegen unsere innere Uhr. Schlafprobleme, Reizbarkeit, ADHS, Herzinfarkt und Burn-out sind die möglichen Folgen. Mit einem Acht-Punkte-Plan werden Erkenntnisse aus der Wissenschaft auf unseren Alltag übertragen. Ziel ist ein Lebensrhythmus im Einklang mit der Natur.



Gutshöfe und Herrenhäuser in Schleswig-Holstein. Von Dr. phil. Deert Lafrenz.

Hrsg.: Landesamt für Denkmalschutz.
Petersberg: Michael Imhof Verlag 2015. 687 S.

Gutshöfe mit ihren Herrenhäusern und mächtigen Wirtschaftshöfen prägen bis heute das Gesicht ganzer Landesteile Schleswig-Holsteins. Der Kunsthistoriker und langjährige Dezernent am Landesamt für Denkmalpflege, Deert Lafrenz, beschreibt in diesem Werk erstmals alle ehemals adeligen Güter Schleswig-Holsteins mit ihrer historischen Entwicklung und ihrem Bestand an Gebäuden, Gärten und

Parkanlagen. Vorgestellt werden sowohl erhaltene Herrenhäuser als auch längst verschwundene Güter, sofern Informationen überliefert sind.

Gutachten beleuchten Ex-Abgeordneten Gerlich

Zwei geschichtswissenschaftliche Gutachten über die NS-Vergangenheit des ehemaligen CDU-Abgeordneten Gerhard Gerlich beschäftigen derzeit die Gemeinde Trappenkamp (Kreis Segeberg). Der Kieler Historiker Ulrich Erdmann hat im Auftrag der Gemeinde Gerlichs Lebensweg bis 1945 sowie in der Nachkriegszeit erforscht. Der 1911 im Sudetenland geborene Gerlich war Mitglied der SS und der NSDAP. Nach dem Krieg wirkte er beim Aufbau der Gemeinde Trappenkamp mit, war stellvertretender CDU-Landesvorsitzender und saß von 1950 bis zu seinem Tod 1962 im Landtag. In Trappenkamp ist die Grundschule nach Gerhard Gerlich benannt. Die Gutachten sollen dazu beitragen, „eine sachgerechte Einschätzung dieser für unseren Ort wichtigen Persönlichkeit zu ermöglichen“, so der Trappenkammer Bürgermeister Harald Krille. Die Gutachten stehen auf der Website der Gemeinde: www.trappenkamp.de.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Vivien Albers, Yvonne Windel, Archiv des Landtages, Landesarchiv, Claudia Hautumm (pixelio.de), Erwin Lorenzen (pixelio.de), Lupo (pixelio.de) Ernests Dinka (Seim-Verwaltung Lettland), Imhoff-Verlag, Verlag Duncker & Humblot, Hanser-Verlag, Verlag Matthes & Seitz, Internationales Auschwitz-Komitee, dpa-Bildfunk, Photobank, Doris Oberfrank-List, Christian Müller, tai111

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

23. September 2016

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Mit plattdüütsche Riemels dörch dat Johr

In dieser Gedichtreihe beschreibt Marianne Ehlers ihre Eindrücke von den Jahreszeiten – dieses Mal widmet sie sich dem schleswig-holsteinischen Herbst. Marianne Ehlers, Jahrgang 1953, ist niederdeutsche Bibliothekarin, Autorin und Sprachpolitikerin. Sie ist Referentin für Niederdeutsch des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und Landesvertreterin im Bundesrat für Niederdeutsch. Besuchern des Landtages ist Marianne Ehlers durch den Offenen Besucherabend bekannt. Regelmäßig führt sie Interessierte „op Platt“ durch das Landeshaus. Die nächste plattdüütsche Führung ist am 5. Dezember um 18:00 Uhr.

Wenn Bööm sik spegelt

De Bööm spegelt sik in den groten See
sünd se nich mal smuck
mit ehr bunte Harvst-Kleedasch
hebbt se sik nich fein utstaffeert
för den Harvst sien Sünnenstrahlen

De warmt ehr Bläderkleed
för lange Weken
un denn kümmt de Harvstwind üm de Eck
un ritt un treckt ehr an de Telgen
mit all sien Knööv un Kraasch

Man noch sünd se smuck
un fraagt den Maler Harvst
geiht dat noch en beten bunter
he lacht un giffit ehr rode Klören
to all dat Geel un helle Bruun

So kiekst se in den Waterspiegel
un seht ehr Bild un sünd vergnöögt
de Bööm an't Enn vun düssen Sommer
un föhlt den Harvst so langsam kamen
man anner Johr sünd se wedder gröön

Marianne Ehlers

Peer Steinbrück ist ein alter Bekannter im Landeshaus. Der ehemalige Bundesfinanzminister und NRW-Ministerpräsident war in den 90er-Jahren Staatssekretär und dann Wirtschaftsminister in Kiel. Vor 100 Gästen stellte der SPD-Politiker Mitte September sein jüngstes Buch „Vertagte Zukunft“ vor. Die Parlamentarische Gesellschaft und der Kieler Presseklub hatten ihn eingeladen.



Der Paternoster hat jetzt einen kleinen Bruder. Ein Modell im Maßstab 1 zu 32 veranschaulicht, wie der Elektromotor die zwölf Kabinen durch das Landeshaus befördert. Wenn der Mini-Aufzug nicht mit dem Info-Stand des Landtages auf Reisen ist, steht es im Erdgeschoss – und kann per Knopfdruck in Bewegung gesetzt werden. Eine Nürnberger Werkstatt hat das Modell angefertigt.

Das Patenschiff des Landtages, die „Gorch Fock“, hat Mitte September mehr als 5.000 Euro für wohltätige Organisationen gespendet. Begleitet von Landtagspräsident Klaus Schlie überreichte der Erste Offizier, Fregattenkapitän Elmar Bornkessel, jeweils 1.750 Euro an „Ein Herz für Kinder“, an die Kinderherzhilfe Schleswig-Holstein und an die Hospizinitiative Kiel. Mit Versteigerungen, Bücherbasar und Weihnachtsmarkt an Bord hatte die Crew des Schulschiffes die Spenden gesammelt.

Zu Besuch im Landeshaus

18 ukrainische Kinder, deren Mutter oder Vater bei den Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in Kiew getötet wurden, haben im Juli Urlaub in Schleswig-Holstein gemacht. Die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft und andere ehrenamtliche Helfer haben den Jungen und Mädchen die Ferien ermöglicht. Landtagspräsident Klaus Schlie empfing die Kinder und ihre Begleiter im Plenarsaal.



Wer mit seinem Smartphone Pokémon-Monster suchte, wurde auch im Landeshaus fündig. „Goldini der Goldfisch“ tauchte im Juli im Plenarsaal auf.



Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2017

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
01 So	Neujahr	01 Mi		01 Mi		01 Sa		01 Mo	Maifeiertag	01 Do	
02 Mo		02 Do		02 Do		02 So		02 Di		02 Fr	
03 Di		03 Fr		03 Fr		03 Mo		03 Mi		03 Sa	
04 Mi		04 Sa		04 Sa		04 Di		04 Do		04 So	Pfingsten
05 Do		05 So		05 So		05 Mi		05 Fr		05 Mo	Pfingsten
06 Fr	Hl. Drei Könige	06 Mo		06 Mo		06 Do		06 Sa		06 Di	
07 Sa		07 Di		07 Di		07 Fr		07 So	Landtagswahl	07 Mi	
08 So		08 Mi		08 Mi	Intern. Tag der Frau	08 Sa		08 Mo		08 Do	
09 Mo		09 Do		09 Do		09 So		09 Di	Europatag	09 Fr	
10 Di		10 Fr		10 Fr		10 Mo		10 Mi		10 Sa	
11 Mi		11 Sa		11 Sa		11 Di		11 Do		11 So	
12 Do		12 So	Wahl d. Bundespräs.	12 So		12 Mi		12 Fr		12 Mo	
13 Fr		13 Mo		13 Mo		13 Do		13 Sa		13 Di	
14 Sa		14 Di		14 Di		14 Fr	Karfreitag	14 So		14 Mi	
15 So		15 Mi		15 Mi		15 Sa		15 Mo		15 Do	
16 Mo		16 Do		16 Do		16 So	Ostern	16 Di		16 Fr	
17 Di		17 Fr		17 Fr		17 Mo	Ostern	17 Mi		17 Sa	
18 Mi		18 Sa		18 Sa		18 Di		18 Do		18 So	
19 Do		19 So		19 So		19 Mi		19 Fr		19 Mo	
20 Fr		20 Mo		20 Mo		20 Do		20 Sa		20 Di	
21 Sa		21 Di		21 Di		21 Fr		21 So		21 Mi	
22 So		22 Mi		22 Mi		22 Sa		22 Mo		22 Do	
23 Mo		23 Do		23 Do		23 So		23 Di	Tag d. Grundgesetzes	23 Fr	
24 Di		24 Fr		24 Fr		24 Mo		24 Mi		24 Sa	
25 Mi		25 Sa		25 Sa		25 Di		25 Do	Himmelfahrt	25 So	
26 Do		26 So		26 So		26 Mi		26 Fr		26 Mo	
27 Fr	Holocaust-Gedenktag	27 Mo		27 Mo		27 Do		27 Sa		27 Di	
28 Sa		28 Di		28 Di		28 Fr		28 So		28 Mi	
29 So				29 Mi		29 Sa		29 Mo		29 Do	
30 Mo				30 Do		30 So		30 Di		30 Fr	
31 Di				31 Fr				31 Mi			

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
01 Sa		01 Di		01 Fr		01 So		01 Mi		01 Fr	
02 So		02 Mi		02 Sa		02 Mo		02 Do		02 Sa	
03 Mo		03 Do		03 So		03 Di	Tag der Dt. Einheit	03 Fr		03 So	1. Advent
04 Di		04 Fr		04 Mo		04 Mi		04 Sa		04 Mo	
05 Mi		05 Sa		05 Di		05 Do		05 So		05 Di	
06 Do		06 So		06 Mi		06 Fr		06 Mo		06 Mi	
07 Fr		07 Mo		07 Do		07 Sa		07 Di		07 Do	
08 Sa		08 Di		08 Fr		08 So		08 Mi		08 Fr	
09 So		09 Mi		09 Sa		09 Mo		09 Do		09 Sa	
10 Mo		10 Do		10 So		10 Di		10 Fr		10 So	2. Advent
11 Di		11 Fr		11 Mi		11 Mi		11 Sa		11 Mo	
12 Mi		12 Sa		12 Di		12 Do		12 So		12 Di	
13 Do		13 So		13 Mi		13 Fr		13 Mo		13 Mi	
14 Fr		14 Mo		14 Do		14 Sa		14 Di		14 Do	
15 Sa		15 Di		15 Fr		15 So		15 Mi		15 Fr	
16 So		16 Mi		16 Sa		16 Mo		16 Do		16 Sa	
17 Mo		17 Do		17 So		17 Di		17 Fr		17 So	3. Advent
18 Di		18 Fr		18 Mo		18 Mi		18 Sa		18 Mo	
19 Mi		19 Sa		19 Di		19 Do		19 So	Volkstrauertag	19 Di	
20 Do		20 So		20 Mi		20 Fr		20 Mo		20 Mi	
21 Fr		21 Mo		21 Do		21 Sa		21 Di		21 Do	
22 Sa		22 Di		22 Fr		22 So		22 Mi		22 Fr	
23 So		23 Mi		23 Sa		23 Mo		23 Do		23 Sa	
24 Mo		24 Do		24 So		24 Di		24 Fr		24 So	Hl. Abend
25 Di		25 Fr		25 Mo		25 Mi		25 Sa		25 Mo	Weihnachten
26 Mi		26 Sa		26 Di		26 Do		26 So		26 Di	Weihnachten
27 Do		27 So		27 Mi		27 Fr		27 Mo		27 Mi	
28 Fr		28 Mo		28 Do		28 Sa		28 Do		28 Do	
29 Sa		29 Di		29 Fr		29 So		29 Mi		29 Fr	
30 So		30 Mi		30 Sa		30 Mo		30 Do		30 Sa	
31 Mo		31 Do				31 Di				31 So	Silvester

■ Plenartagung ■ Schulferien/sitzungsfreie Zeit

Termine, Termine, Termine ...

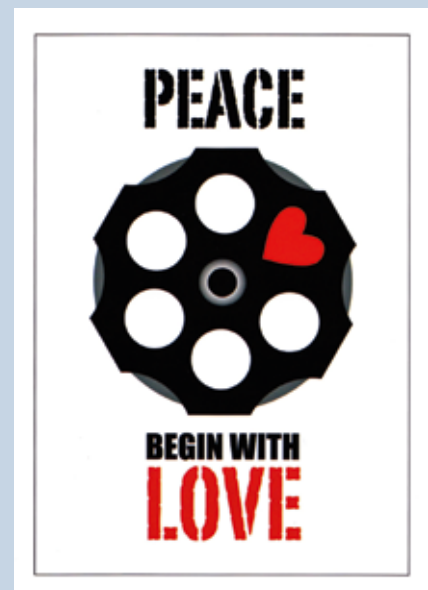
Gedenken am Volkstrauertag

Der Landtag, die Landesregierung, die Stadt Kiel sowie der Volksbund Kriegsopferfürsorge laden am Volkstrauertag zur zentralen Gedenkstunde für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Die Veranstaltung am Sonntag, den 13. November, beginnt um 11:30 Uhr im Plenarsaal. Nach der Begrüßung durch den neuen Volksbund-Landesvorsitzenden Ekkehard Klug hält der Landrat von Ostholstein, Reinhard Sager, die Gedenkrede. Er ist Präsident des Deutschen Landkreistages. Landtagspräsident Klaus Schlie spricht das Totengedenken. Das Blechbläserquintett des Marinemusikkorps Kiel gestaltet die musikalische Umrahmung. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 4. November beim Volksbund anzumelden. Tel.: 0431/9066190 oder info@volksbund-sh.de.

Plakate machen Politik

Politische Plakate aus 18 Ländern sind noch bis zum 16. Oktober im Landeshaus zu sehen. Gemeinsam mit der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz präsentiert der Landtag die „V. Internationale Biennale des Sozial-Politischen Plakats“. Unter dem Motto „Kreativ für die Menschenrechte“ werden 72 Werke ausgestellt, die sich mit Themen wie Toleranz, Gleichberechtigung, Rassismus und Ausbeutung auseinandersetzen.

Die Ausstellung im ersten Stock des Landeshauses ist von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, Besucher sollten ihren Personalausweis dabei haben.



Ein Werk des taiwanesischen Künstlers
Yen-han Chen

Lesung: Überleben in den 80er-Jahren



In den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts erregten Wettrüsten und Waldsterben die Deutschen. Und die Bundesbürger fanden Gefallen an einer neuen Art von Literatur: Ratschläge für ein Überleben in der Wildnis. Insbesondere die Werke des Abenteurers Rüdiger Nehberg haben es dem Stuttgarter Schriftsteller Philipp Schönthaler angetan. Seine Eindrücke von den „Überlebenspionieren mit Messer und Lendenschurz“ hat Schönthaler, Jahrgang 1976, in seinem Buch „Survival in den 80er-Jahren – der dünne Pelz der Zivilisation“ niedergeschrieben.

Am Dienstag, den 2. November, stellt Philipp Schönthaler sein Buch um 19:00 Uhr im Landeshaus vor. Die Lesung ist Teil der Reihe „Politische Literatur im Landtag“. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 28. Oktober unter anmeldung@landtag.ltsh.de.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 6. Oktober: Lübeck
Dienstag, 18. Oktober: Heide
Donnerstag, 3. November: Lübeck
Dienstag, 15. November: Heide
Donnerstag, 1. Dezember: Lübeck
Dienstag, 20. Dezember: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 Uhr bis 18:30 Uhr.